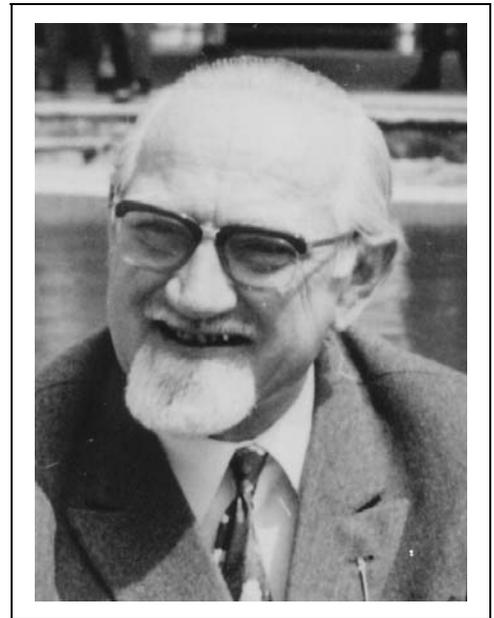


Der Flächennutzungsplan von 1963 markiert die Zeit der Expansion der Stadt nach dem Jahrzehnt des Wiederaufbaus. Ab Ende der 50er Jahre wird die Erschließung und Besiedlung des Uellendahls in Angriff genommen. Als erste größere Neubausiedlung entsteht hier ab 1959 der Domagkweg. Die Stadt boomt: Die Wirtschaft wächst und klagt schon bald über fehlende Arbeitskräfte; die ersten "Gastarbeiter" werden 1960 mit großem Empfang am Bahnhof Elberfeld begrüßt⁴. Die Einwohnerzahl wächst von Jahr zu Jahr, 1963 wird mit 423.450 Einwohnern der geschichtlich höchste Bevölkerungsstand in der Stadt gezählt. Die Nachfrage nach Wohnungen kann bei weitem nicht befriedigt werden, obwohl Anfang der 60er Jahre noch über 3.000 Wohnungen jährlich fertiggestellt wurden. Das Statistische Amt veröffentlicht 1968 eine Analyse der Wandermotive und kommt darin zu dem Ergebnis, dass die steigende Zahl der Fortzüge in erster Linie durch die schlechte Wohnungsversorgung verursacht wird, und dass der Anteil junger qualifizierter Familien dabei besonders groß ist. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Wohnungsbauleistung geringer ist als in vergleichbaren Großstädten⁵. Der Drang der Wohnungsbaugesellschaften nach neuem Bauland ist dementsprechend groß.

Prof. Friedrich Hetzelt, seit 1953 Baudezernent der Stadt, ist immer bemüht, neue Projekte anzustoßen. Da die Stadt kaum Bodenvorratspolitik betreibt, müssen Wohnungsbaugesellschaften interessiert werden. Dies gelingt ihm auch für Nächstebreck. Nach Vorgesprächen findet am 15. Juli 1966 ein Gespräch bei OStD Werner Stelly statt, in dem sich die Arch. Klotzbach Vater und Sohn sowie Vertreter der Treufinanz als Sprecher einer Trägergemeinschaft von mehreren Wohnungsbaugesellschaften darstellen, die auf privater Grundlage Grundstückserwerb, Erschließung und Bebauung in Nächstebreck übernehmen will. OStD Stelly begrüßt zwar das Vorhaben, ist allerdings zurückhaltend beim Angebot konkreter Unterstützung. Die Stadt sei angesichts ihres Engagements in Uellendahl und Gennebreck zu keiner finanziellen Förderung oder zu Grundstückskäufen in der Lage. Möglich sei allenfalls die alsbaldige Aufstellung eines Bebauungsplanes. Vorab müsse aber dafür ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden, um ein städtebaulich gutes Konzept zu entwickeln. Zur Klärung der offenen Fragen werden kurzfristig weitere Gespräche am Tisch des Baudezernenten vereinbart⁶.



Daraus werden zahlreiche weitere Gespräche. Im Mai 1967 werden dann auch die Fraktionen von Prof. Hetzelt auf das Konturen gewinnende Projekt eingestimmt. Er veranstaltet mit Ratsmitgliedern eine Rundfahrt durch den Nordosten der Stadt und skizziert bei dieser Gelegenheit das Bild einer in Nächstebreck möglichen neuen Siedlung für 7.000 Einwohner⁷. Im November 1967 beantragt dann die SPD im Bauausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Aufnahme von 150.000 DM in den Haushalt für die Vergabe von Gutachten für das Nächstebreck-Projekt. Damit ist nun das Projekt "eingestellt".

2. Städtebauliches Gutachten 1968

Noch im Dezember 1967 werden die Professoren Angerer (München), Kühn (Aachen) und Spengelin (Hannover) mit der Erarbeitung städtebaulicher Gutachten beauftragt. Für ein Honorar von jeweils 22.000 DM sollen dann für das Gebiet zwischen der im Bau befindlichen B 326 (heute A

⁴ Auf dem Bahnhof Döppersberg trafen am 12.7.1960 23 griechische Gastarbeiter ein, die bei Herberts arbeiten sollen. Sie werden vom Leiter des Arbeitsamtes Wuppertal und von Vertretern der Fa. Herberts begrüßt. Vgl. GA und WR vom 13.7.1960 (Chronik Stadtarchiv).

⁵ Vgl. Wuppertaler Statistik: Motive der Wanderungen. Informationen Nr. 4, Sept. 1968.

⁶ Vgl. Vermerk vom 23.7.1966 über die am 15.7.1968 bei OStD Stelly stattgefundene Besprechung.

⁷ Vgl. GA/NRZ vom 22.5.1967

46)⁸, Mählerbeck und DB-Strecke nach Hattingen mit ca. 85 Ha Wohnbauland und – östlich der DB – ca. 60 ha Gewerbegebiete sollen im Zusammenhang gesehen werden, um so eine geschlossene Gesamtkonzeption zu erhalten.

Eine Obergutachterkommission unter Vorsitz von Prof. Machtemes (Düsseldorf) beurteilt im Januar 1969 die eingegangenen Vorschläge⁹. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das vorgesehene Baugebiet, "insbesondere das Wohngebiet, eines der wenigen großen zusammenhängenden Gebiete (ist), das die Stadt Wuppertal noch zur Verfügung hat. Darin liegt eine Chance, etwas Besonderes zu schaffen"¹⁰. In den Gutachten von Prof. Angerer und, Prof. Kühn liegt das neue Wohngebiet zwischen dem Mählersbecker Bachtal und der DB-Strecke auf dem Nächstebrecker Berg. Prof. Spengelin geht in seinem Vorschlag bereits darüber hinaus: Er bezieht im Westen Flächen im Bereich von Haarhausen und im Osten Flächen südlich der Ortslage Bruch, die wegen ihrer Hängigkeit kaum für eine gewerbliche Nutzung in Frage kommen, in das Wohnbaukonzept ein.

Die Konzeption von Prof. Spengelin wird trotz einiger Einwände hinsichtlich der als zu aufwendig angesehenen Verkehrserschließung vor allem wegen der von ihm entwickelten besonderen Wohnformen (Terrassenbau) als Grundlage für die weitere Planung empfohlen. Die Wohnbaufläche ist nun inzwischen auf 160 ha gewachsen, auf denen Wohnungen für 22.000 Einwohner vorgesehen sind mit einem eigenen Geschäftszentrum. Östlich der Bahn sollen in den geplanten Gewerbegebieten neue Arbeitsplätze für 4.000 bis 7.000 Beschäftigte entstehen¹¹. Die Anbindung an den



ÖPNV soll entweder über die DB-Strecke (S-Bahn-Ausbau) oder über eine Verlängerung der Schwebebahn erfolgen. Die Obergutachter bezweifeln allerdings die Leistungsfähigkeit der DB angesichts der Eingleisigkeit, der besonderen Trassenführung und dem Industrieverkehr. Sie schlagen eine Untersuchung der Möglichkeiten vor, die Schwebebahn nach Nächstebreck bis in die vorgesehenen Gewerbegebiete hinein zu verlängern.

Diese Empfehlung wird am 24. März 1969 dem Rat vorgelegt. Norbert Jensen, der neue Baudezernent¹² und Nachfolger des zum 31. Juli 1968 in den Ruhestand getretenen Prof. Friedrich Hetzelt, erläutert auf der Ratssitzung am 24. März 1969 die Planung und verkündet, dass "Prof. Spengelin, der Entwerfer von Nächstebreck, sich bereit erklärt (hat), gemeinsam mit, der Wuppertaler Stadtverwaltung den Gesamtbebauungsplan für den

⁸ Der Bau der B 326 (heute A 46) hatte 1963 am Autobahnkreuz Wuppertal-Nord begonnen. 1966 war der erste Bauabschnitt von Wuppertal-Nord bis Barmen-Wichlinghausen fertiggestellt worden. 1968 erfolgte die Freigabe bis Elberfeld-Mitte und ab 28.11.1972 war die gesamte Strecke mit der Teilfreigabe des Sonnborner Kreuzes durchgehend befahrbar.

⁹ U.a. wirten dabei mit sowohl der bisherige Baudezernent Prof. Hetzelt als auch sein Nachfolger Norbert Jensen.

¹⁰ Vgl. Niederschrift über die Beratung der Obergutachter vom 21.1.1969, S. 9, Drs. 129/69 zur Sitzung des Rates.

¹¹ Die Planung und Erschließung der neuen Gewerbegebiete in Nächstebreck hat zu diesem Zeitpunkt schon begonnen. Die Bebauungspläne Nr. 96 und 97 für den ersten großen Teilabschnitt südlich der Linderhauser Str. (Möddinghofe), wo die Stadt in den Jahren zuvor die Flächen erworben hatte, waren im Verfahren und wurden 1970 rechtsverbindlich. Die Erschließung begann 1968/69, die ersten Betriebe wurden ab 1970 angesiedelt. Mitte der 80er Jahre wurde das Gewerbegebiet nochmals nach Norden bis zur Stadtgrenze/Linderhauser Str. erweitert. Die weitere Planung und Erschließung lief dann allerdings nur schleppend weiter und erbrachte auch wegen der vorhandenen Wohnbebauung, die dann nicht mehr verdrängt werden sollte, und besonderer Entwässerungsprobleme nicht mehr in dem erhofften Umfang neue Gewerbeflächen. Angesiedelt wurde die Fertighausausstellung am Eichenhofer Weg und eine Entsorgungsfirma im Uhlenbruch. Erst 1993/94 wurden weitere Flächen an der Linderhauser Str. und im Hölken ausgewiesen. Die Fläche Im Hölken steht auch gegenwärtig (2002) wegen Erschließungsprobleme noch für gewerbliche Ansiedlungen zur Verfügung. Insgesamt konnten die damals erhofften zusätzlichen 4.000 bis 7.000 Beschäftigten, insgesamt 10.000 Beschäftigte, bei weitem nicht erreicht werden. In den Gewerbegebieten beiderseits Wittener und Linderhauser Str. nördlich der DB-Strecke waren 1987(AZ) rd. 5.700 Beschäftigte tätig.

¹² Jensen, der keiner Partei angehörte, war in Lübeck Leit.Senatsbaudirektor (Fachlicher Leiter der Bauverwaltung) und wurde am 24.6.1968 vom Rat zum Baudezernenten gewählt. Er trat seinen Dienst zum 1.8.1968 an. Bereits vor Dienstantritt wurde er von OstD Stelly mit einer Vielzahl der bei ihm üblichen Kurzschreiben mit Aufträgen, Anregungen und Vorschlägen auf die besondere Bedeutung des Projektes Nächstebreck eingestimmt.

Projekt Nächstebreck: Städtebauliche Untersuchung 1968

Modell A: Prof. Kühn



Modell B: Prof. Angerer



Modell C: Prof. Spengelin



neuen Stadtteil Nächstebreck zu entwickeln¹³. Sprecher aller Fraktionen, Walter Jahnke für die SPD, Kurt Drees für die CDU und Karl-Otto Dehnert für die FDP, befürworten das Planungskonzept und erwarten eine schnelle Realisierung sowohl der Gewerbegebiete als auch der neuen Wohngebiete. Es bestand allseits die Hoffnung, die Wohnungsprobleme der Stadt mit einem Schläge weitestgehend zu lösen. Kurt Drees insbesondere moniert, dass seit sechs Jahren, seit der Vorlage des Flächennutzungsplans, geplant und geplant werde und - außer dem jetzt vorgelegten Gutachten - immer noch keine konkreten Ergebnisse vorlägen. Es geht ihm alles viel zu langsam¹⁴.

Am 19. Mai 1969 beschließt der Rat die Aufstellung eines Gesamtbebauungsplanes sowie die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts in diesem Gebiet. Damit ist nunmehr die Stadt nach anfangs vorsichtiger Zurückhaltung voll in das Projekt eingestiegen, das zudem in dem bisherigen Planungsprozess eine Dimension erhalten hat, die alle bisherigen Projekte der Stadt weit hinter sich lässt.

Auch die Trägergemeinschaft gewinnt Konturen. Als Sprecherin fungiert die Treufinanz. Sie erwartet eine Beteiligung an der Planung von Prof. Spengelin, „um die Wirtschaftlichkeit zu garantieren“¹⁵. Die Wohnungsbaugesellschaften haben bis zu diesem Zeitpunkt in Nächstebreck nach einer Zusammenstellung des Liegenschaftsamtes Grundstücke im Umfang von 65 ha zu Preisen zwischen 20,-/qm und 25,-/qm und einem Gesamtaufwand von über 15 Mio. DM erworben. Auch die Stadt Wuppertal einschließlich der GWG ist mit rd. 10 ha dabei.¹⁶

Zum 1. 1. 1970 tritt zudem die erste Gebietsreform in Kraft. Dreigrenzen, der nordöstliche Zipfel des Stadtgebietes mit der kleinen Siedlung Erlenrode, wird eingemeindet. Nächstebreck wird damit bis zum Autobahnkreuz Wuppertal-Nord erweitert.

II. Das Projekt

1. Spengelin-Planung 1969-1970

Das Planungsbüro von Prof. Spengelin erhält am 20. Oktober 1969 vom Rat den Planungsauftrag für das Projekt Nächstebreck. Spengelin erhält ein Büro im Verwaltungsgebäude Elberfeld, in dem damals noch das Baudezernat untergebracht ist, und beginnt zu planen. Bis Ende 1970 soll die Planung stehen.

Zunächst einmal wird das Planungsgebiet erweitert. Es reicht jetzt von der A 1 im Osten und der B 326 (A46) im Norden einschließlich des gerade eingemeindeten Gebietes Dreigrenzen/Erlenrode bis zur Märkischen Straße im Westen. Sodann werden Gutachten vergeben an Frau Prof. Dr. Spiegel (Dortmund), zur Behandlung der soziologischen Aspekte; an Prof. Dr. Tietz (Saarbrücken) zu Fragen des Geschäftszentrums und an Prof. Dr. Mäcke (Aachen) zur Planung der Verkehrerschließung. In vielen Arbeitssitzungen und Abstimmungsgesprächen im großen Raum 200 des Elberfelder Verwaltungsgebäudes wird dann im Laufe des Jahres 1970 der Entwurf eines Gesamtbebauungsplanes, wie es im Auftrag heißt, oder eines Strukturkonzeptes, wie diese Stufe der Planung von den Planern bezeichnet wird, entwickelt¹⁷.

¹³ Vgl. General-Anzeiger vom 25.3.1969.

¹⁴ Vgl. ebenda

¹⁵ Vgl. Niederschrift über eine Besprechung, betreffend die Maßnahmeträgerschaft für das Planungsgebiet Nächstebreck vom 7. Jan. 1970, S. 7.

¹⁶ Bis April- 1971, als bereits eine mögliche Ablehnung des Projektes durch den Rat deutlich wird, werden insgesamt Grundstücke im Umfang von über 82 ha erworben. Quelle. Zusammenstellung des Liegenschaftsamtes von 1971.

¹⁷ Im Rathaus sind keine der vielen, damals angefertigten Pläne, Modelle oder Planungsbeschreibungen mehr vorhanden, die der Entscheidungsfindung zugrundegelegen haben. Sie sind offenbar bei den verschiedenen inzwischen erfolgten Umzügen vernichtet worden. Die folgende Darstellung der Planung fußt daher auf Debattenbeiträgen der damals Beteiligten, insbesondere zur Sitzung des Hauptausschuss vom 20.2.1971 und zur Ratssitzung am 22.3.1971 sowie einigen noch vorhandenen Modellphotos.

Es wird schließlich ein neues Wohngebiet für 28.000 Einwohner konzipiert, wobei der gesamte unbebaute Bereich südlich der A 46 zwischen Eisenbahn im Osten und Haarhausen/ Gennebrecker Str. im Westen in die Planung einbezogen ist. Die Gesamtplanung erstreckt sich nun über eine Fläche von 173 ha. Die Wohnbebauung konzentriert sich auf die Bereiche Nächstebrecker Berg und Haarhausen um das von Prof. Tietz geplante Geschäftszentrum herum, das nun seinen Standort im oberen Mählersbecktal findet. Die Größe des konzipierten Zentrums erfordert allerdings nun rd. 40.000 Einwohner im Einzugsbereich, um ausreichend Kaufkraft für das Zentrum zu gewährleisten. Dabei wird davon ausgegangen, dass in den zukünftigen Randbereichen des neuen Stadtteils bereits 10.000 Einwohner leben, so dass die Planung für den neuen Stadtteil auf 28.000 Einwohner ausgelegt wird. Der Bereich Haarhausen wird daher nochmals stärker in die Wohnbebauung einbezogen. Die nach Süden orientierten Hänge werden für eine Terrassenbebauung genutzt, die trotz einer dichten Bebauung eine gute Besonnung und Aussichtslage ermöglichen. Eine verdichtete, sprich Hochhausbebauung ist insbesondere im Umfeld des vorgesehenen Zentrums und entlang der ÖPNV-Erschließung geplant. Die Bebauung ist grundsätzlich - mit Ausnahme des Zentrums - auf den Höhenrücken angeordnet, während die Talzüge der Mählersbeck und Junkersbeck als Grünzonen gedacht sind. Im unteren Mählersbecktal oberhalb des Freibades soll ein See aufgestaut werden, der zugleich die Funktion eines großen Regenrückhaltebeckens für den Gesamtbereich haben würde.



Die Verkehrserschließung soll über eine vierspurig ausgebaute Straßenachse von der Märkischen Str. über Haarhausen und das Mählersbeck-Tal zur Wittener Straße mit Einmündung im Bereich Uhlenbruch erfolgen. Als ÖPNV-Anbindung wird eine S-Bahn geplant, wobei die Trasse der Eisenbahn in einem Bogen nach Westen in den Bereich der Mählersbeck verlegt und von dort wieder zum vorhandenen Tunnel geführt werden soll. Die Bundesbahn erklärt sich zu einem zweigleisigen S-Bahn-Ausbau der Strecke mit 10-Minuten-Takt als Teil der geplanten S 9 Mönchengladbach - Hagen bereit. Die Kosten des Ausbaus werden auf 70 Mio. DM geschätzt. Alternativ wird auch eine Verlängerung der Schwebebahn geplant, die von Oberbarmen, Hilgershöhe, Beule, Mählersbeck über den Nächstebrecker Berg bis in das geplante Gewerbegebiet an der Wittener Straße führen könnte. Die Kosten der Schwebebahnverlängerung werden in der gleichen Größenordnung geschätzt. Die Planer bevorzugen allerdings die Schwebebahn, weil sie eine kürzere Taktfolge,

eine direkte Anbindung an das städtische Verkehrsnetz und eine sicherere Zukunftsperspektive bietet. Im neuen Stadtteilzentrum würde die Haupterschließungsstraße ebenso wie die neue S-Bahn bzw. die Schwebebahn eine Ebene oberhalb der Fußgängerachse verlaufen, so dass das Zentrum sowohl über den ÖPNV als auch für das Auto gut erreichbar ist.

In Zuordnung zu den Wohngebieten sind sieben Kindergärten und zwei Kindertagesstätten, fünf Grundschulen und zwei Gesamtschulen mit insgesamt 24 Zügen sowie drei Standorte für Freizeiteinrichtungen und ein Bürgerhaus vorgesehen. Schwerpunkt im Freizeitbereich ist dabei die Ausgestaltung des Bereichs Reppkotten mit 18 ha Fläche. Daneben ist eine Sport- und Freizeitanlage im Zusammenhang mit der vorgesehenen Gesamtschule geplant sowie eine dritte Anlage im Mählersbecktal/Schrubburg.

Es entsteht, soweit man das anhand der Modellphotos und Planerprotokolle beurteilen kann, eine städtebaulich ansprechende Planung, die die topografischen Gegebenheiten konsequent nutzt und auf einer fundierten Versorgungsplanung aufbaut. Die ersten, teilweise negativen Erfahrungen anderer Städte mit den großen Neubausiedlungen der 60er Jahre sind diskutiert und im Planungskonzept berücksichtigt. Planerisch erfassbare und darstellbare Bedürfnisse und Bedarfe sind integriert. Das Nächstebreck-Projekt dokumentiert damit auch den Stand der Städtebauplanung.

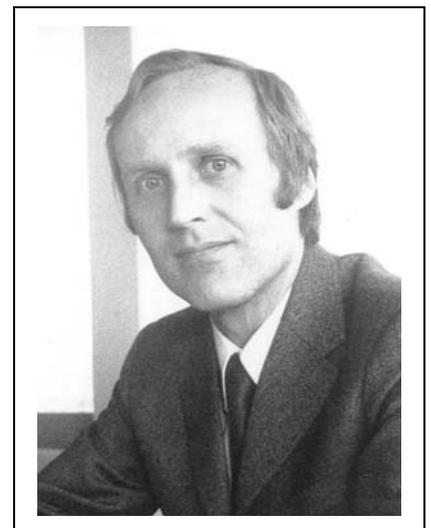
Diese Planung geht nun zu Beginn des Jahres 1970 in die politische und öffentliche Diskussion. Ein Vertrag mit den möglichen Maßnahmeträgern zur Übernahme der weiteren Planung der Wohnungen und der Erschließung war ebenfalls vorbereitet. Nun musste der Rat verbindlich entscheiden, ob dieses Projekt so realisiert werden sollte. Die Wohnungsbaugesellschaften warteten praktisch mit dem Spaten in der Hand.

2. Kritische Diskussion

Die kommunalpolitische Wetterlage hatte sich nun allerdings nach der Kommunalwahl vom 9. Nov. 1969, die eine Reihe neuer Stadtverordneter in den Rat brachte, verändert. Noch bis 1970 war die Planung, über deren Fortgang die Verwaltung regelmäßig in den Ausschüssen berichtet hatte, zumindest in den Gremien immer auf eine einvernehmliche Zustimmung bei den Ratsfraktionen gestoßen¹⁸. Kritische Anmerkungen richteten sich allenfalls gegen die lange Dauer des Planungsprozesses. Inzwischen allerdings ist mit der wachsenden Dimension der Planung auch die Kritik an dem Projekt gewachsen - zunächst offenbar innerhalb der Verwaltung, dann aber auch in der Presse und in der Politik.

In der Verwaltung entwickelt sich Joachim Ahlemann, Stadtentwicklungsdezernent seit dem 1.1.1969, zum Wortführer der Kritiker. Ahlemann, Jurist, war 1960 zunächst als Referent von OstD Werner Stelly und später Friedrich Hetzelt in den Dienst der Stadt getreten, wurde dann 1966 Leiter der Wirtschaftsförderung sowie der neu eingerichteten Stadtentwicklung und am 25. Nov. 1968 zum Beigeordneten gewählt¹⁹. In seine Zuständigkeit fielen das neue Amt für Stadtentwicklung, das Statistische Amt sowie das Liegenschaftsamt. Aus der gesamtstädtischen Perspektive kamen denn auch die kritischen Fragestellungen zu möglichen Auswirkungen und Konsequenzen einer Realisierung dieses Großprojektes.

Denn Ende der 60er Jahre zeichneten sich entscheidende Veränderungen für die bisher auf kontinuierliches Wachstum eingerich-



¹⁸ 1970 wurde fast in jeder Sitzung des Planungsausschusses das Thema Nächstebreck angesprochen. Den Protokollen ist keine grundsätzliche kritische Stellungnahme eines Stadtverordneten zu entnehmen.

¹⁹ Am gleichen Tage wurde auch Günther Reichardt (F.D.P.) zum Beigeordneten gewählt (zuständig für Wirtschafts- und Bauförderung). Von den drei jungen Dezernenten für Bauen, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung erwartete der Rat neue Anstöße, einen dynamischen Schub.

tete Stadt ab. Seit 1963 begann die Einwohnerzahl zu sinken. Prognosen zeigten, dass die Abnahmen anhalten würden; der gerade einsetzende "Pillenknick", die Abnahme der Geburtenzahlen nach Einführung der Antibabypille, ließ eher einen stärkeren Bevölkerungsrückgang für die nächsten Jahrzehnte erwarten. Jedenfalls wurde eine Entwicklung in Richtung auf die noch im Flächennutzungsplan angenommenen 450.000 Einwohner mehr als unwahrscheinlich. Und 1966/67 hatte es die erste Rezession gegeben, die Wuppertal besonders gebeutelt hatte. Dies wies erstmals auf die besonderen Probleme der Wuppertaler Wirtschaft hin. In späteren Analysen und Untersuchungen wurde die erkennbare Wachstumsschwäche und Konjunkturanfälligkeit meist auf einen einfachen Nenner gebracht: klein- und mittelständische Betriebsstruktur, Gemengelagen, Flächenknappheit, die mit dem Wiederaufbau aus der Vergangenheit als alter Industriestadt übernommen worden waren. Aus dem Eindruck der Rezession waren Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung zunächst als Stab beim Oberstadtdirektor - mit Joachim Ahlemann als Leiter -, dann ab 1970 als zwei neue Ämter eingerichtet worden.

Wo würden denn nun bei einer insgesamt sinkenden Bevölkerung die 28.000 Bewohner der neuen Wohnungen in Nächstebreck herkommen? Es konnten doch überwiegend nur Wuppertaler sein, die hier eine neue Wohnung beziehen würden. Als Folge würde sich die Talsohle mit ihren beengten und umweitbelasteten Wohngebieten und alten Wohnungen drastisch entleeren. Die dort vorhandene Infrastruktur würde nicht mehr ausgelastet sein, während mit erheblichem Kostenaufwand in Nächstebreck neue Infrastruktureinrichtungen entstehen müssten. Es müsse deshalb vielmehr Schwerpunkt der Wohnungspolitik sein, das Wohnumfeld und die Wohnungsqualität in den alten Wohngebieten zu verbessern, um die Randwanderung in Grenzen zu halten. Das Nächstebreck-Projekt könne aber nur durchgezogen werden, wenn auch die zu erwartenden Fördermittel hier konzentriert eingesetzt würden. Damit bliebe aber für die übrigen Stadtgebiete und insbesondere für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen kein finanzieller Spielraum mehr. Wegen der fehlenden Nachfrage nach den alten Wohnungen würde in den alten Wohngebieten zudem auch die private Investitionstätigkeit eher sinken. Dies würde zugespitzt darauf hinauslaufen, dass ein neuer Stadtteil von der Größenordnung Cronenbergs oder Ronsdorfs gebaut werde, während gleichzeitig die Kerngebiete der alten Stadt herunterkommen und verslumpen würden.

Die Kosten des Projektes wurden insgesamt auf eine Größenordnung von weit über eine Milliarde DM, geschätzt. Der Kostenanteil der Stadt sollte sich nach diesen Schätzungen auf etwa 310 Mio. DM belaufen²⁰, wobei die Förderung durch das Land eine weitgehend unbekannte und strittige Größe blieb, da es feste Zusagen natürlich zu diesem Zeitpunkt nicht gab²¹. Dieses im Raume stehende Finanzvolumen brachte auch den Kämmerer Dr. Elmar Schulze²² auf die Seite der Kritiker, der eine finanzielle Überforderung der Stadt befürchten musste.

Die Alternative der Gegner des Projektes heißt: dezentrale Deckung des Wohnungsbedarfs stadtnah und in allen Stadtteilen unter Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktur. Auch in einem solchen Konzept gäbe es genügend Wohnungsbaumöglichkeiten in Wuppertal. Mitte 1970 erteilt OStD Stelly seinen Dezernenten den Auftrag, diese Wohnungsbaumöglichkeiten in der Stadt zusammenzustellen und zu prüfen, ob sie denn unter Abschätzung der Realisierungsmöglichkeiten ausreichend sein können. Die von der Bauverwaltung in einer ersten "Rangfolge der Bebauungspläne" zusammengestellten Baumöglichkeiten führen allerdings zunächst zu dem Ergebnis, dass daneben eben auch das Projekt Nächstebreck realisiert werden müsse, um die für erforderlich gehaltenen 3.200 Wohnungen jährlich bauen zu können²³.

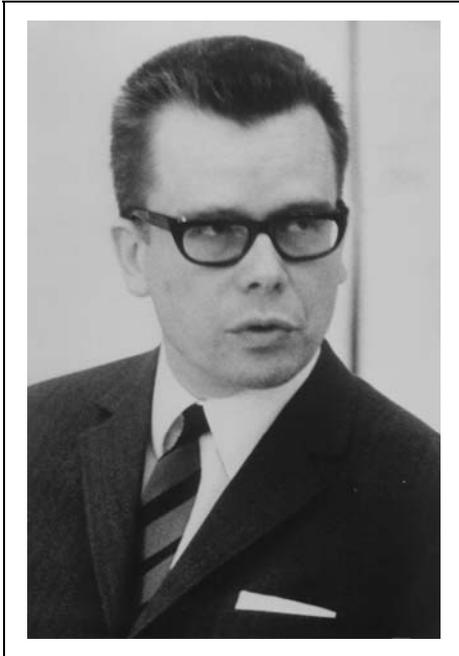
Befürworter des Nächstebreck-Projektes waren neben OStD Werner Stelly vor allem Baudezernent Norbert Jensen, der das Projekt bei seinem Amtsantritt von seinem Vorgänger, Prof. Friedrich Hetzelt übernommen hatte, und Beig. Günther Reichardt. Er war Rechtsanwalt und Fraktionsvorsitzender der FDP im Rat gewesen und zusammen mit Ahlemann am 25. November 1969 gewählt worden. Ihm unterstanden das neue Amt für Wirtschaftsförderung sowie das Amt für Bauförderung. Die Argumente konzentrierten sich denn auch eher auf den Wohnungsbedarf, der

²⁰ Vgl. Stenografischer Bericht über die Sondersitzung des Hauptausschusses am 20.2.1971, S. 69

²¹ Vgl. Artikel "Der Traum Nächstebreck" in der NRZ vom 15.4.1972.

²² Auch der Stadtkämmerer Dr. Schulze hatte gerade nach seiner Wahl am 16.7.1970 seinen Dienst angetreten.

²³ Vgl. Drs. Nr. 371/70: Rangfolge der Bebauungspläne.



damals auf über 30.000 Wohnungen geschätzt wurde, die bis 1980 gebaut werden müssten. Dies sei nur durch ein großes Projekt möglich und in Wuppertal sei solch ein Projekt nur in Nächstebreck möglich, wo die erforderlichen großen Flächen zur Verfügung und mögliche Träger bereit stünden. Das Projekt sei u.a. auch deshalb vorbildlich, weil in unmittelbarer Nähe in den geplanten Gewerbegebieten Tausende von neuen Arbeitsplätzen entstünden, eine hervorragende Verkehrsanbindung mit Schwebebahn oder S-Bahn vorgesehen sei und ein attraktiver Stadtteil mit modernen Wohnungen und der topographischen Situation entsprechenden interessanten Wohnformen entstehen würde. Die Wohnqualität werde mithin hervorragend sein und könne deshalb wieder neue Arbeitskräfte nach Wuppertal ziehen oder zumindest hier binden. Die Deckung eines Großteils des Wohnungsbedarfs am Stadtrand sei zudem eine Voraussetzung für eine wirksame Sanierung der dicht bebauten, engen alten und "übervölkerten" Wohngebiete in der Talsohle, weil hier ohne eine gewisse Auflockerung gar keine besseren Wohnverhältnisse geschaffen werden könnten. Größere Finanzierungs-

sprobleme werden von den Befürwortern nicht gesehen, da beträchtliche Zuschüsse des Landes erwartet werden und sich deshalb der Finanzaufwand der Stadt auf etwa 120 Mio. DM belaufen würde, der sich zudem auf einen Zeitrahmen von etwa 10 Jahren verteilen würde. Dafür bekäme man aber über die Neubaugebiete hinaus die komplette neue Infrastruktur für ein großes Stadtgebiet, indem mehr als 40.000 Einwohner, von denen 10.000 dort bereits wohnten, schließlich optimal versorgt würden.

Aber auch in der breiteren Öffentlichkeit wird das Projekt nun mehr und mehr kontrovers diskutiert. Hier melden sich vor allem die Architekten zu Wort, sicherlich auch, weil sie ihr Existenzgrundlage gefährdet sehen. Wer baut und saniert schon noch Wohnungen, wenn Nächstebreck auf Jahre alles an sich zieht. Der „Kontaktkreis freischaffender Architekten“ und sein Vorsitzender Heinz Kisser mobilisieren die Berufskollegen und entwickeln die Gegenposition, dass zur Deckung des Wohnungsbedarf kein neuer Stadtteil erforderlich sei, sondern nur eine konsequente Ausschöpfung von stadtnah bestehenden Wohnungsbaumöglichkeiten. Die Bandstruktur der Stadt dürfe nicht durch eine Satellitenstadt zerstört, sie müsse vielmehr durch eine zentren- und Infrastrukturorientierte Bebauung ausgebaut werden. Hier treffen sich die Überlegungen der Architektenschaft mit denen der Projektgegner in der Verwaltung. Der Kontaktkreis entwickelt ein konkretes Konzept, das eine Vielzahl von solchen Bebauungsmöglichkeiten aufzeigt. Im Februar 1971 geht er damit in die Öffentlichkeit auf einem CDU-Forum, auf dem offiziell nicht über das Projekt Nächstebreck gesprochen werden soll und auf denen die geladenen Beigeordneten Ahlemann und Jensen auf Anordnung von OStD Stelly nicht erscheinen dürfen²⁴. Auf einer besonderen Rundfahrt mit Journalisten werden viele dieser aus Sicht der Architekten potentiellen Wohnbauflächen mit durchschlagendem Erfolg plastisch vorgeführt, obwohl eine kritische Überprüfung der Vorschläge von Seiten der Verwaltung bereits sehr viele Abstriche und Probleme aufzeigt²⁵. In der veröffentlichten Meinung beginnen nun aber die kritischen Fragen und die Ablehnung die Berichterstattung zu dominieren²⁶.

In der Verwaltung versucht OStD Werner Stelly vergeblich, eine "einheitliche Verwaltungsmeinung" herzustellen. In vielen der montäglichen Dezernentensitzungen kommt das Thema Nächstebreck kontrovers zur Sprache. Die von Stelly von den Kontrahenten zur Entscheidungsfindung geforderte Gegenüberstellung des Für und Wider bringt für diese Grundsatzproblematik der zukünftigen Stadtentwicklung keine Lösung, sie sind nicht unter einen Hut zu bringen.

²⁴ Vgl. Bericht in der NRZ vom 3.2.1971.

²⁵ So werden z.B. auch eine Reihe von Kleingärten zur Bebauung vorgeschlagen, was sofort den heftigen Protest aller Kleingärtner hervorruft. Der Vorschlag zur Oberbauung des Steinbecker Bahnhofsgeländes scheitert bereits in der Vorprüfung an den zu erwartenden nicht finanzierbaren Kosten.

²⁶ Vgl. den Bericht von Werner Freitag in der Westdeutschen Rundschau und von Werner Lust in der NRZ vom 19.2.1971.

Das im Juni 1969 vorgelegte Gutachten der Prognos - AG zu den "Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Wuppertal"²⁷ liefert auch keine Entscheidungshilfen. Zwar wird ein noch höherer Wohnungsbedarf prognostiziert: 44.000 Wohnungen müssten hiernach bis 1980 gebaut werden, 3.700 jährlich! Zur Standortfrage wird allerdings ein "sowohl als auch" vorgeschlagen: große Projekte, aber auch kleinere Vorhaben im Stadtgebiet und die Sanierung von alten Wohngebieten. Mehr Bodenvorratspolitik und eine stärkere finanzielle Förderung seien erforderlich, denn dies seien mit die Ursachen für die in der Vergangenheit nicht ausreichende Wohnbauleistung. Dies sind nun allerdings Forderungen, die die Finanzkraft der Stadt noch stärker in Anspruch nehmen würden.

Die Fronten verhärten sich sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in den Fraktionen des Rates. Für die einen ist der Bau der Satellitenstadt ein finanzieller Wahnsinn, der zudem die gewachsenen Stadtstrukturen zerstört, für die anderen eine grandiose städtebauliche Chance. Eine Entscheidung ist bei diesen Positionen kaum mehr möglich. Und weil sie nicht getroffen wird, verharren Verwaltung und Politik schließlich wie gelähmt

III. Die Entscheidung

1. Ratssitzung am 22.3.1971 - Denkpause

Anfang 1971 drängt aber andererseits alles auf eine Lösung. Die Planung ist fertig. Im Januar wird sie den Spitzen der Stadt in einer Vortragsveranstaltung im Glanzstoff-Kasino von Baudezernent Jensen und Prof. Spengelin vorgestellt, Und die Wohnungsbaugesellschaften, die inzwischen in beträchtlichem Umfang Grundstücke in Nächstebreck gekauft haben, drängen auf eine Entscheidung des Rates. Viel Geld, von der Stadt und von privaten Investoren, ist bereits geflossen, bisher immer getragen von einer breiten Zustimmung von Rat und Verwaltung. Aus der Diskussion ist den Beteiligten klar, dass es um eine Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Stadtentwicklung geht, und dass Nächstebreck entweder komplett als geschlossenes Projekt realisiert werden muss oder eben gar nicht. Teillösungen, die so beliebten politischen Konfliktlösungen, scheinen hier nicht möglich zu sein. Das alles erleichtert nicht unbedingt die Entscheidung.

Die entscheidende Ratssitzung ist für den 22. März 1971 angesetzt. Vorher werden in einer Sondersitzung des Hauptausschusses am 20. Februar nochmals die Positionen geklärt. In einer vierstündigen Sondersitzung wird das Projekt dann anschließend im Rat heftigst diskutiert²⁸. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte des Stadtrates (und bisher einmalig geblieben) werden, da keine einheitliche Verwaltungsmeinung hergestellt werden konnte, von der Verwaltungsführung unterschiedliche Positionen vorgetragen. Baudezernent Norbert Jensen vertritt, unterstützt von OStD Werner Stelly und dem Wirtschaftsförderungsdezernenten Günther Reichardt, die Mehrheitsmeinung pro Nächstebreck, Beigeordneter Joachim Ahlemann die Ablehnung des Projektes. Die sehr kontrovers geführte Diskussion macht deutlich, dass ein Riss quer durch den Rat geht. Aus allen Fraktionen melden sich Befürworter und Gegner zu Wort. Walter Jahnke, Fraktionsvorsitzender der SPD, wägt ab, sieht sich aber wegen der nicht abgeschlossenen Meinungsbildung in der Verwaltung und der Differenzen in der Fraktion nicht zu einer Entscheidung in der Lage. Hans-Martin Rebusburg (SPD) lehnt Nächstebreck zum jetzigen Zeitpunkt ab und möchte das Projekt nur als "Planungsreserve" sehen. Bürgermeister Dr. Heinz Frowein (CDU) sieht insbesondere noch unge löste Verkehrsprobleme, sein Fraktionskollege Dr. Henning befürchtet eine Vernachlässigung der übrigen Stadtteile und der Stadtkerne. In der 3-Mann-Fraktion der FDP macht Karl-Otto Dehnert zwei Befürworter und einen Gegner, den Makler Heinz Ramjoué, aus. Die Argumente der insgesamt sehr sachbezogenen Debatte wiederholen sich. Die Befürworter glauben, dass nur mit einer geballten Kraftanstrengung die Wohnungsprobleme gelöst werden können und dies sei möglich ohne Benachteiligung der anderen Stadtteile und finanziell mit Hilfe der erwarteten hohen Förde-

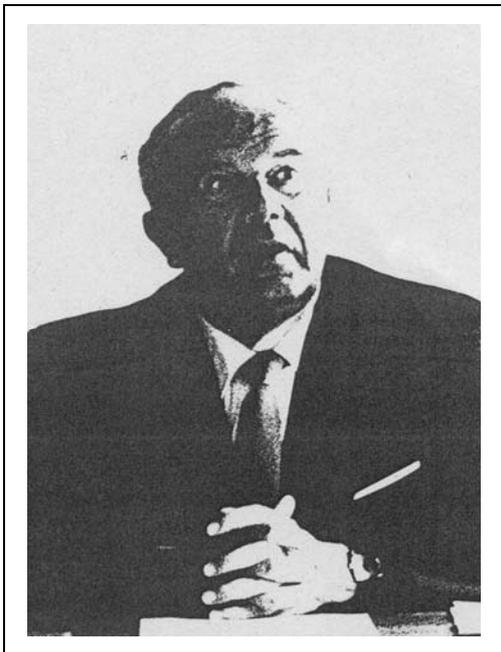
²⁷ Vgl. Prognos AG: Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Wuppertal. Basel, Juni 1969. In dem Gutachten wird eine in etwa gleichbleibende Bevölkerung bis zum Jahr 2000 vorausgeschätzt (1985: 410.000, 2000: 417.000). Die Beschäftigtenzahl soll 1985 bis zu 220.000 betragen. Prognos konstatiert ein etwas heruntergekommenes Stadtbild und eine geringe Investitionstätigkeit.

Tatsächlich liegt die Einwohnerzahl 1985 bei 383.000 und 2000 bei 370.000. Die Beschäftigtenzahl betrug 1987 rd. 170.000. Die Wohnbauleistung beträgt in den Jahren 1970-80 durchschnittlich etwa.600 WE.

²⁸ Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 22.3.1971.

rung auch machbar. Die Gegner betonen die möglichen ausreichenden Alternativen bei der Deckung des Wohnungsbedarfs, sehen in dem Nächstebreck-Projekt eine Gefährdung der Stadtstruktur und bezweifeln im übrigen die Finanzierbarkeit des Vorhabens insbesondere auch wegen anderer Beschlüsse des Rates in der letzten Zeit mit hohen finanziellen Belastungen, wie sie z.B. auch aus dem Beschluss zum Bau der Universität zu erwarten seien²⁹.

Um 20.30 Uhr war die Rednerliste noch nicht abgearbeitet. Eine Lösung des Konflikts war nicht in Sicht. Die ablehnenden Meinungsäußerungen überwogen. Eine Abstimmung erschien bei diesen so kontroversen Meinungen in allen Fraktionen zumindest zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht opportun. Niemand wollte eine KampfAbstimmung mit ungewissem Ausgang. Schließlich gingen die beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU zu Oberbürgermeister Gottfried Gurland und beantragten Schluss der Debatte. Angesichts der vielen Unklarheiten solle jetzt zunächst eine "Denkpause" eingelegt werden. Niemand widersprach. Die Debatte war vertagt. "Die große Schlacht geht weiter", überschrieb die Westdeutsche Rundschau ihren Bericht über die Ratssitzung³⁰.



Die "Denkpause" sollte zunächst nur bis Mai dauern. Dann aber warf OStD Werner Stelly kurz nach der Ratssitzung überraschend das Handtuch. Stelly (62) kündigte aus "gesundheitlichen Gründen" seinen Rücktritt an, obwohl er gerade erst kurz zuvor, im September 1968, in seinem Amt bestätigt worden war. Bereits in der Sitzung des Rates hatte der Oberstadtdirektor zu erkennen gegeben, dass er die Welt nicht mehr verstand: Er habe sich in den letzten Wochen oft gefragt, was denn eigentlich los sei, was sich denn an den Problemen des Mangels an Wohnungen und Gewerbeflächen seit 1969, als alle gemeinsam das Projekt Nächstebreck als die Problemlösung auf den Weg gebracht hätten, was sich denn seither geändert habe? Ob denn nun plötzlich genügend Gewerbeflächen und genügend Flächen für den Wohnungsbau da seien?³¹ Die während der Ratssitzung erkennbare Tendenz der Ablehnung dieses von ihm so nachdrücklich unterstützten Projektes veranlasste ihn nun zum vorzeitigen Rückzug von seinem Amt. Am 31. September 1971 scheidet er aus dem Dienst der Stadt Wuppertal³².

Die "Denkpause" zieht sich hin, obwohl überraschend schnell ein Nachfolger gefunden wird. Bereits am 13. September wird Dr. Rolf Krumsiek, bisher Beigeordneter beim Deutschen Städtetag, zum Oberstadtdirektor gewählt. Er tritt gleich am 1. Oktober seinen Dienst an. Seine erste und wichtigste Aufgabe ist die Lösung des Nächstebreck-Problems.

2. Ratssitzung am 17.4.115.5.1972 - der Kompromiss.

Die mögliche Linie für die Weiterbehandlung des Projektes hat sich im Verlaufe der Diskussion schon angedeutet. Eine große Mehrheit für das Projekt scheint nicht mehr zustande zu bringen zu sein. So sind denn Alternativen gefragt. Und hier liegt ein Ansatzpunkt in den bereits von den Architekten aufgezeigten dezentralen Wohnungsbaumöglichkeiten, die daraufhin zu überprüfen

²⁹ Der Grundsatzbeschluss zum Bau der Universität war am 15.2.1971 gefasst worden. Der Rat verabschiedete damals eine Entschließung, in der er erklärt, Flächen am Griffenberg für die geplante Universität zur Verfügung zu stellen und dass die erforderlichen städtischen Investitionen für die Universitätsgründung Priorität genießen sollten. Die von der Stadt zu tragenden Kosten werden damals auf rd. 50 Mio. DM geschätzt.

³⁰ Vgl. Westdeutsche Rundschau vom 23.3.1971.

³¹ Vgl. General-Anzeiger vom 23.3.1971 S. 10

³² Werner Stelly feiert bei bester Gesundheit am 25.5.1989 seinen 80. Geburtstag in Hamburg. Die Stadt Wuppertal ehrt ihn mit einem Empfang.

sind, ob sie ausreichenden Handlungsspielraum für die Deckung des Wohnungsbedarfs geben. Dann wäre die behauptete zwingende Notwendigkeit des Nächstebreck-Projekts vom Tisch und das Projekt könnte zur "Planungsreserve" für etwaige spätere Bedarfe deklariert werden - und so könnten Befürworter und Gegner der Projekts wieder zusammenkommen.

Dieser Linie folgt der neue OstD Rolf Krumsiek, der als Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Problemlösung vor allem auch in der Verwaltung wieder Einvernehmen in der Beurteilung und Behandlung des Projekts herstellen muss. Um auf eine breitere Diskussion einzustimmen und die enge und polarisierende Fixierung auf Nächstebreck abzubauen, soll das Projekt Nächstebreck nur noch im Zusammenhang mit der Entwicklung des Wohnungsbaus in Wuppertal insgesamt betrachtet werden. Das Instrument hierzu ist die "Rangfolge der Bebauungspläne", in der die von der Verwaltung gesehenen Wohnungsbaumöglichkeiten zusammengefasst und hinsichtlich ihrer Realisierungsmöglichkeiten mit Prioritäten für die Aufstellung der erforderlichen Bebauungspläne versehen sind. Diese Arbeiten waren zwar bereits unter Stelly begonnen worden und hatten in der ersten Ratssitzung noch die Notwendigkeit des Projektes Nächstebreck mit begründet, erhalten nun aber eine größere Bedeutung als klares Alternativkonzept.



Zunächst werden die Bedarfsüberlegungen überprüft und aktualisiert. Die Zielsetzung, rd. 3.200 Wohnungen jährlich bis 1980 zu bauen, bleibt bestehen. Da es nur mehr 8 Jahre bis 1980 sind, bleibt ein Gesamtbedarf in Höhe von noch 29.000 neuen Wohnungen. Allerdings wird nun festgestellt, dass nicht in dieser Höhe neues Baurecht geschaffen werden muss. Berücksichtigt werden aus der anlaufenden Sanierungsplanung die dort konzipierte Neubauplanung sowie Neubautätigkeit, die ohne Bebauungspläne auf den vorhandenen Baulücken erfolgt. Daraus errechnet sich nun ein Restbedarf von etwa 15.500 Wohnungen, für die in den nächsten Jahren Baurecht zu schaffen ist.

Die Überprüfung der "Rangfolge" ergibt des weiteren, dass für bereits rd. 4.600 Wohnungen Baurecht in vorhandenen Bebauungsplänen besteht und Baurecht für weitere 4.900 Wohnungen kurzfristig geschaffen werden kann. Es werden zusätzlich zwei neue Schwerpunkte gesetzt: In Vohwinkel sollen zentrumsnah an der Gruitener Straße 2.500 Wohnungen und in Haarhausen/Gennebreck/Einern, dem westlichen Rand des bisherigen Nächstebreck-Projektes, nochmals 1.400 Wohnungen entstehen. Darüber hinaus sind eine Vielzahl von kleineren Wohnungsbaumöglichkeiten zusammengestellt, zu denen u.a. auch die Bebauung hinter dem Barmer Rathaus auf dem Gelände der ehemaligen Vorwerk-Fabrik (400 Wohnungen) und der Bereich Zanellastr. (300 Wohnungen). Insgesamt kommen so 13.400 mögliche Wohnungen zusammen, für die bereits teilweise Baurecht besteht oder doch in den nächsten Jahren geschaffen werden soll. Damit stellt die Verwaltung dar, dass mindestens für die nächsten vier Jahre ausreichend Baumöglichkeiten bestehen bzw. geschaffen werden können und deshalb nicht die Notwendigkeit besteht, das umstrittene Projekt Nächstebreck kurzfristig in Angriff genommen zu nehmen. Nach 1975 könne man weiter sehen.

Auf dieser Basis ist nun plötzlich dem großen Projekt Nächstebreck der Boden weggezogen. Es gibt keine Begründung mehr für das Großprojekt, zumal sich auch die von der Stadt aufzubringenden Kosten für die einzelnen Projekte, wie in Vergleichsrechnungen nachgewiesen wird, wesentlich günstiger gestalten. Die Verwaltung verständigt sich einvernehmlich auf dieses Konzept, das dann am 17. April 1972 dem Rat vorgelegt wird.

Der Rat nimmt diese Entschärfung des Problems dankbar entgegen. Die Luft ist raus aus der Debatte über Nächstebreck. Dies dokumentiert sich auch darin, dass gleich zu Anfang der Ratssit-

zung³³ die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage, die noch das Wort Nächstebreck enthält, einstimmig in "Erklärung der Fraktionen über den Wohnungsbau in Wuppertal" umbenannt wird. Einstimmig wird dann auch der "Rangfolge der Bebauungspläne" sowie den damit verbundenen Bedarfsüberlegungen und Verfahrensvorschlägen zugestimmt. Das Projekt Nächstebreck ist ohne neue große Diskussion zur bloßen "Planungsreserve" degradiert worden. Walter Jahnke betonte dies nochmals, wenn er darauf hinwies, dass zwar mit einer Realisierung des Spengelin-Planes auf absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, doch dürfe das Gebiet nicht zersiedelt werden, sondern müsse für eine später mögliche Verwirklichung offen bleiben.

Einen ausdrücklichen Beschluss, das Projekt Nächstebreck nicht mehr realisieren zu wollen, gibt es nicht. Man behält sich vor, das Projekt vielleicht später doch noch zu wollen. Diese Fiktion wird auch aufrechterhalten, als in der folgenden Sitzung des Rates am 15. Mai 1972 die Vorlagen und Vorschläge der Verwaltung abschließend behandelt werden und die Verwaltung beauftragt wird, "nach Maßgabe dieses Berichtes die weiteren erforderlichen Verhandlungen zu führen".³⁴ OStD Dr. Krumsiek betont dazu ausdrücklich, dass eine solche Ermächtigung einer endgültigen Beschlussfassung zum Projekt Nächstebreck nicht vorgreifen würde. Der Nächstebreck-Plan ist damit zwar faktisch "gestorben", aber eben doch nicht endgültig abgelehnt, sondern eher "auf Eis gelegt". Einen endgültigen Beschluss über das große Projekt Nächstebreck, das über mehrere Jahre die kommunalpolitische Diskussion bestimmt hat, wird es auch nicht geben. Es weiß nur jedermann, dass das Projekt nie mehr in Angriff genommen werden wird. Auch so wird das Gesicht gewahrt, auch für diejenigen, die so vehement für das Projekt gestritten haben.³⁵

An dem Projekt Nächstebreck bewahrheitet sich im übrigen auch beinahe exemplarisch eine Erkenntnis unter Planern über die Stufenleiter, nach der sich große Projekte fast naturgesetzlich entwickeln:

1. Stufe: Über die großartige Planung herrscht zunächst allseitige Begeisterung.
2. Stufe: Ihr folgt die Ernüchterung.
3. Stufe: Nach der Ernüchterung kommt die Bestürzung.
4. Stufe: Es beginnt die Suche nach dem Schuldigen.
5. Stufe: Die Bestrafung der Unschuldigen und schließlich die Auszeichnung der Unbeteiligten.

IV. Die Nachwehen

1. Die Schwebbahnverlängerung - warum sie dann doch nicht kam

Das Wohnbauprojekt Nächstebreck steht nun zwar nicht mehr zur Realisierung an, wohl aber noch die bisher mit geplante Verlängerung der Schwebbahn. Bei der Abstimmung des neuen Konzeptes hat sich die Verwaltung darauf festgelegt, dass eine Verlängerung der Schwebbahn auch ohne das große Nächstebreck-Projekt bereits aufgrund der vorhandenen Bebauung im Bereich Schwarzbach und Klingholzberg sowie der geplanten Erschließung von neuen Gewerbegebieten sinnvoll und zweckmäßig sei. Der Rat stimmt dieser Auffassung zu und beauftragt die Verwaltung am 19. Juni 1972, die notwendigen Voraussetzungen für die Planung, Durchführung und Finanzierung zu klären³⁶.

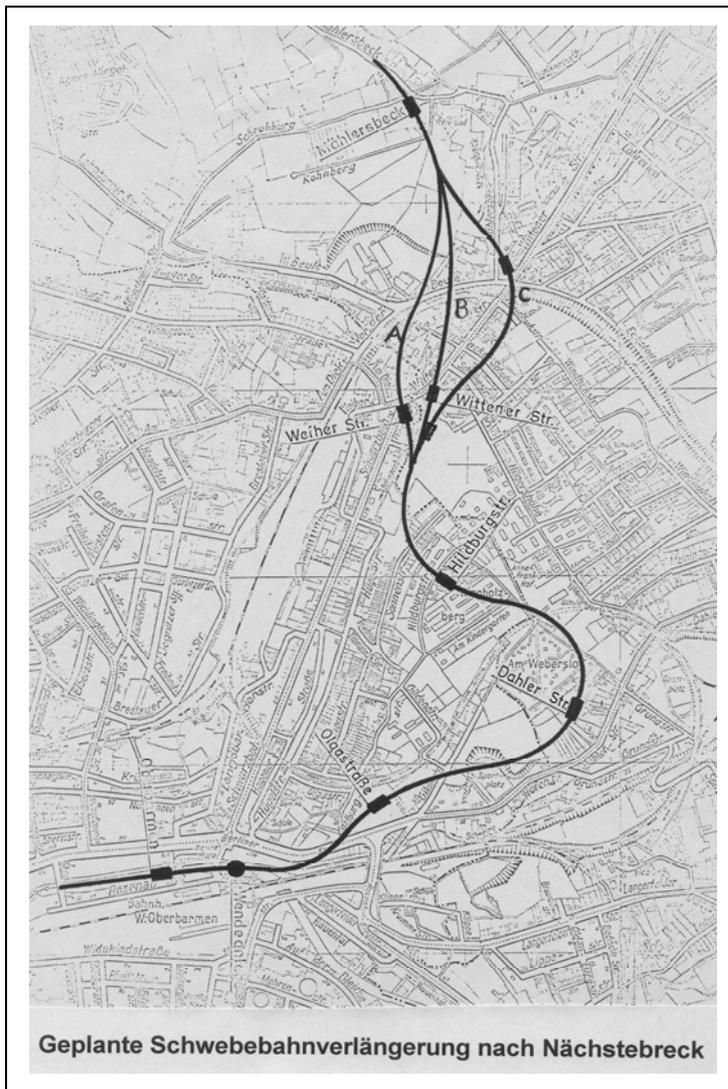
Von 1972 bis 1974 wird eingehend geplant. Wegen der nur geringen Steigung, die die Schwebbahn bewältigen kann, wird eine Trassenführung entwickelt, die im ersten Abschnitt vom Bahnhof Oberbarmen in den Bereich Webersloh führt, wobei die Strecke im Bereich Olgastr. sogar durch einen Tunnel geführt werden muss. Von dort schwingt sie in einem weiten Bogen zur Sonnenstraße und verläuft dann parallel oberhalb der Schwarzbach bis zur Kreuzung Wittener Str./Vor der

³³ Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 15. Mai 1972.

³⁴ 34 Vgl. Drs. Nr. 157/72.

³⁵ Innerhalb der Verwaltung erfolgt auch in Konsequenz der Nächstebreck-Planung im Mai 1973 eine organisatorische bzw. personelle Änderung. Das Stadtplanungsamt wird aus dem Baudezernat (Jensen) heraus gelöst und dem Stadtentwicklungsdezernat (Ahlemann) zugeordnet, das damit zum Planungsdezernat wird.

³⁶ Vgl. Drs. Nr. 60/72



Beule. Von hier aus könnte die Trasse dann durch die Mählersbeck in einem weiten Bogen zu dem möglichen Endpunkt Uhlenbruch weiter geführt werden. Zunächst steht - ohne das Projekt Nächstebreck - nur der erste Abschnitt mit dem Endpunkt Vor der Beule zur Debatte. Die Gesamtkosten dieses Abschnittes werden auf 75 Mio. DM geschätzt, wobei die Stadt Wuppertal einen Anteil von ca. 13 Mio. DM zu tragen haben würde. Die Vorteile des Vorhabens werden darin gesehen, dass insbesondere nach dem zu erwartenden Wegfall der Straßenbahn in der Schwarzbach 23.000 (Einzugsbereich 600 m) bis 45.000 Menschen (Einzugsbereich 1.000 m) optimal durch ein Nahverkehrsmittel erschlossen und an die Talsohle angeschlossen werden. In den Bereichen Webersloh und Klingholzberg werden zudem Entwicklungsmöglichkeiten gesehen, die für eine Wohnbebauung genutzt werden könnten. Der Endhaltepunkt ließe sich zudem gut als neuer Verknüpfungspunkt ausbauen mit Busbahnhof und Parkplätzen für PKW.

Die Planung wird in der 2. Jahreshälfte 1974 intensiv in den Ausschüssen des Rates diskutiert. Von OStD Dr. Krumsiek und der Verwaltung wird die Notwendigkeit des Projektes nachdrücklich unter-

strichen. Auch die Bürger werden in zwei Veranstaltungen im Januar und Februar 1975 beteiligt. Die Bürger, zumindest die 150 anwesenden Bürger, von einer schnell gegen die Verlängerung gebildeten Interessengemeinschaft Langerfeld-Nord organisiert, zeigen sich allerdings wenig begeistert. Mit Blick auf die damit verbundenen Eingriffe in Grundstücke und mögliche neue Wohnbebauung in der Nachbarschaft wird die Planung von der großen Mehrheit in den teilweise turbulenten Veranstaltungen vehement abgelehnt. Hans Neveling, Diskussionsleiter und Vorsitzender der BV Langerfeld, schließt die Veranstaltung mit den sarkastischen Worten: "Wäre ich ein Quizmaster würde ich sagen, Sie waren ein reizendes Publikum"³⁷.

Am 17. März 1975 befasst sich der Rat mit den bisherigen Ergebnissen der Planung. Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht wird - wie es formal so schön heißt - zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die noch offenen Fragen der Finanzierung, d.h. der Bezuschussung durch Bund und Land zu klären. Erst dann soll abschließend darüber beraten und entschieden werden. Tatsächlich mehren sich nun in den Fraktionen des Rates die kritischen Stimmen. Das Vorhaben wird bald als 100-Mio-Projekt bezeichnet und dessen Wirtschaftlichkeit und die Finanzierbarkeit in Frage gestellt. Alternativen wie der Neubau der B 51, die bisher über die Schwarzbach verläuft, werden in die Debatte eingebracht. Damit seien vor allem die neuen Gewerbegebiete in Nächstebreck besser an die Autobahn und den Container-Bahnhof Langerfeld anzuschließen und die Schwarzbach werde vom Durchgangsverkehr entlastet. Die CDU macht sich zum Wortführer der Bedenkenträger und beantragt in der Sitzung des Rates vom 13. Oktober 1975 die Ablehnung der Schwebebahnverlängerung³⁸. Die SPD ist noch mehrheitlich für die Verlängerung. Der Antrag wird an die Ausschüsse überwiesen.

³⁷ Vgl. Bericht in der WZ vorn 1.2.1975.

³⁸ Vgl. Drs. Nr. 412175 sowie die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 13.10.1975.

Schließlich ergeben die Verhandlungen der Verwaltung mit den Zuschussgebern, dass keine Aussicht besteht, das Projekt Schwebebahnverlängerung mittelfristig vom Bund gefördert zu bekommen. Nun streicht auch die Verwaltung die Segel. In der Vorlage für den Rat wird nun argumentiert, dass neben den versagten Zuschüssen auch die Planung Nächstebreck inzwischen endgültig aufgegeben sei, die Finanzsituation der Stadt sich verändert habe, alle betroffenen Einwohner sich dagegen ausgesprochen hätten und eine Wohnverdichtung entlang der neuen Trasse auch nicht mehr vordringlich sei. Deswegen sei der Bau kurzfristig nicht möglich und die Freihaltung der Trasse für eine spätere Realisierung den betroffenen Bürgern nicht zuzumuten. Kurzum: Die Verwaltung empfiehlt dem Rat die Aufgabe der Planung³⁹.

Damit ist auch den letzten Befürwortern des Projekts, vor allem in der SPD, der Boden entzogen. Der Rat beschließt am 15. Dezember 1975 einstimmig das Ende der Schwebebahnverlängerung. Ersatzweise soll jetzt die geplante B 51 für Entlastung sorgen und eine bessere ÖPNV-Anbindung der Gebiete durch Ausbau der Busverbindungen erreicht werden.

Gebaut wird letztendlich die neue B 51, heute Nächstebrecker Str. (1983 - 1988). Die Schwarzbach wird 1984/85 begrünt und zur Beruhigung des verbleibenden Verkehrs mit Verkehrsinseln bestückt.

2. "Rangfolge der Bebauungspläne" - und was daraus wurde

Mit der "Rangfolge der Bebauungspläne" sollte erreicht werden, dass auch ohne das Projekt Nächstebreck jährlich 3.200 Wohnungen gebaut werden, zumindest von den planungsrechtlichen Voraussetzungen her gebaut werden könnten.

Gruitener Straße (Vohwinkel): geplant 2.500 Wohnungen – realisiert ca. 1.400 Wohnungen

Bereits der Flächennutzungsplan stellt seit 1963 an der Gruitener Str. ein neues Wohngebiet dar. Die Realisierung scheitert zunächst daran, dass die Eigentümerin des dort liegenden Hofes nicht verkaufsbereit ist. Zwar wurde bereits 1970 der Beschluss zur Aufstellung von Bebauungsplänen beschlossen. Aber bis 1971/72, dem Höhepunkt der Nächstebreck-Debatte und dem Zeitpunkt der Aufstellung der "Rangfolge der Bebauungspläne", hatte sich die Situation nicht verändert. Allerdings war die Eigentümerin bereits recht betagt und von den Erben wusste die Stadt, dass sie durchaus bereit waren, an die Stadt zu verkaufen. Wenig später starb die Eigentümerin tatsächlich und die Stadt konnte die Grundstücke erwerben.

Inzwischen hatte die Landesregierung 1970 das "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" aufgelegt mit dem Ziel einer städtebaulichen Verdichtung um Verknüpfungspunkte des ÖPNV. Die Gemeinden waren gehalten, Standortprogramme als Grundlage für Fördermaßnahmen aufzustellen. Wegen der geplanten neuen Wohnsiedlung direkt am Verknüpfungspunkt sollte nun das erste Standortprogramm der Stadt für Vohwinkel aufgestellt werden. Die genauere Planung auch des Wohngebietes Gruitener Str. sollte im Rahmen der Erarbeitung des Standortprogramms erfolgen. Bereits im März 1971 erhielt das Planungsbüro Spengelin/Glauner, das auch die Nächstebreckplanung bearbeitet hatte und auch räumlich noch immer im Rathaus in der Nähe des Planungsamtes saß, den Auftrag für diese Planung. Das Standortprogramm Vohwinkel sah im Ergebnis an der Gruitener Str. ein Wohngebiet mit 2.200 Wohnungen und entsprechender Infrastrukturausstattung vor, überwiegend in Geschossbauten als Mietwohnungen. Über eine besondere Fußgängerbrücke über die Eisenbahn war eine direkte Anbindung an den auch neu geplanten zentralen Bereich Lienhardplatz/Kaiserstraße vorgesehen. Das Standortprogramm wurde nach intensiver Bürgerbeteiligung und Beratung am 17.3.1975 vom Rat beschlossen⁴⁰.

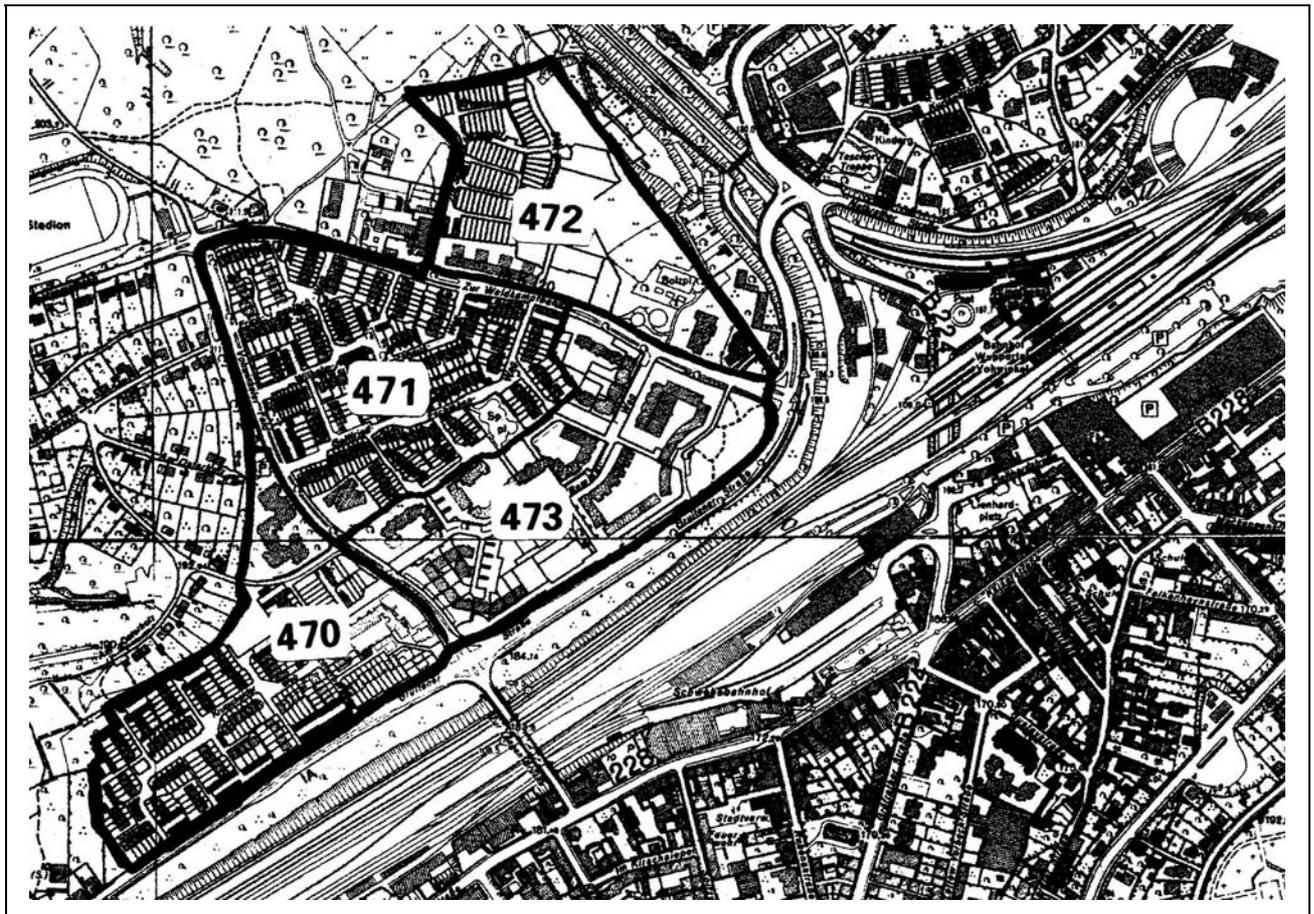
Zu diesem Zeitpunkt hatte sich allerdings die Situation auf dem Wohnungsmarkt verändert. Teure Mietwohnungen in Neubauten wurden nicht mehr nachgefragt, es gab sogar zeitweise eine "Wohnungshalde" bei Neubauwohnungen. Es fanden sich keine Träger mehr für verdichteten Ge-

³⁹ Vgl. Drs. Nr.

⁴⁰ Vgl. Standortprogramm Wuppertal-Vohwinkel, Stadtentwicklungsplanung Wuppertal 1975.

schosswohnungsbau. Auf der Grundlage einer von der Stadt zur Klärung der zukünftigen Rahmenbedingungen in Auftrag gegebenen Wohnungsmarkanalyse wurde ein neues Bebauungskonzept entwickelt. Zudem wurde in der Stadt gerade der insbesondere von der Wirtschaft beklagte Mangel an Einfamilienhäusern und -grundstücken diskutiert. Dies gab Anlass zur Erarbeitung eines Einfamilienhauskonzeptes, das dann 1978 vom Rat beschlossen wurde. Das neue Baukonzept für die Gruitener Str. sah nun eine stärkere Einfamilienhaus-/Reihenhausbebauung vor, lediglich der zentrale Bereich direkt entlang der Gruitener Str. sollte weiterhin dem verdichteten Geschosswohnungsbau vorbehalten bleiben. Insgesamt waren auf dieser Basis noch etwa 1.300 Wohnungen möglich⁴¹.

Für den ersten Bauabschnitt (westlich der Straße Vohwinkeler Feld) wird 1980 der Bebauungsplan Nr. 470 rechtskräftig. Von 1980 bis 1985 werden hier Reihenhäuser und Eigentumswohnungen gebaut. Hinzu kommt ein Alten- und Pflegeheim, das 1987 eröffnet wird.



Der zweite Bauabschnitt umfasst den nördlichen Teil des Dreiecks zwischen Vohwinkeler Feld und Waldkampfbahn. Der Bebauungsplan Nr. 471 wird ebenfalls 1980 rechtskräftig. Hier wird auf Beschluss des Rates zunächst eine Architektenmesse durchgeführt, um eine zwar verdichtete, aber doch auch individuell unterschiedliche Bauweise zu erreichen. Nach einem vorbereitenden Architektenwettbewerb findet die Messe im Mai 1982 statt. Vor dem Hintergrund einer beginnenden tiefen wirtschaftlichen Rezession mit hohen Zinsen finden sich nun allerdings kaum Käufer für die relativ teuren Häuser. Erst nach einer Umstellung des Konzeptes auf Häuser mit einfacheren Ausbaustandards finden sich dann Käufer, so dass die Realisierung 1984 beginnen kann. 1987 sind die meisten Häuser des zweiten Bauabschnitts fertig.

Der dritte Bauabschnitt umfasst Geschossbauten an der Gruitener Str.. Der Bebauungsplan Nr. 773 wird 1984 rechtskräftig. Zwischen 1985 und 1988 werden hier Eigentums- und Sozialbauwohnungen mit Ladengeschäften errichtet.

⁴¹ Vgl. Dts. Nr. 50f78 (Planungsausschuss): Stufenkonzept zur veränderten Planung des Wohngebietes nördlich der Gruitener Str. in Wuppertal-Vohwinkel (Bauleitplanverfahren Nr. 470 und Nr. 471).

Für den vierten Bauabschnitt (zwischen Waldkampfbahn und Eisenbahn) wurde 1993/94 ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Nach dem Ergebnis sind hier etwa 360 Wohnungen in Einfamilienhäusern und Geschossbauten möglich. Der Bebauungsplan. Nr. 772 A, 1999 für die südliche Fläche rechtskräftig geworden, ermöglicht dann noch etwa 215 Wohnungen, die dann schließlich bis 2002 gebaut werden. Für die nördlich angrenzende (städtische) Teilfläche des Bebauungsplans 772 B wird von Bezirksvertretung und Rat die Schaffung von Baurecht abgelehnt wegen der hohen ökologischen Qualität dieser Fläche. Unter der Hand wird gemunkelt, dass eher die Nutzung des Grundstücks als Pferdeweide des der Mehrheitsfraktion nahestehenden Pächters der ausschlaggebende Grund gewesen sei.

In dem Neubaugebiet Gruitener Straße werden damit insgesamt in einem Zeitraum von 25 Jahren rd. 1.400 Wohnungen gebaut.



Einern (Oberbarmen): geplant 500 Wohnungen - realisiert 250 Reihenhäuser

Der Bebauungsplan Nr. 460 - Dellbusch wird 1977 rechtskräftig. Es sollen Reihenhäuser errichtet werden. Lange Zeit wird kein Investor für die Durchführung der Bebauung gefunden, so dass die Häuser erst Anfang der 80er Jahre gebaut werden.



Haarhausen (Oberbarmen): Geplant 400 Wohnungen - nicht realisiert.

Der Bebauungsplan Nr. 461 wird 1979 zwar als Satzung beschlossen, der Beschluss wird jedoch bereits im gleichen Jahr wieder aufgehoben. Vorgesehen waren nur noch Einfamilienhäuser. 1984 wird mit einem neuen Aufstellungsbeschluss (Bebauungsplan Nr. 819, rechtskräftig 1989) ein zweiter Anlauf genommen. Nun wird jedoch aus Gründen des Landschaftsschutzes eine Bebauung der freien Flächen zwischen Haarhausen und A 46 ganz abgelehnt, d.h. es wird nur gerade mal für ca. 50 Wohnungen neues Baurecht geschaffen.



Haarhausen/Nächstebreck (Oberbarmen): gepl. 500 Wohnungen - nicht realisiert,

Dieser Bebauungsplan kam nicht ins Verfahren, weil im Zuge der Erarbeitung des Entwicklungsplans Nächstebreck eine Wohnbebauung an dieser Stelle als planerisch nicht sinnvoll angesehen wurde. Die Bebauungsabsicht wurde fallen gelassen. Auch im Entwurf des neuen Flächennutzungsplans (2002) ist hier nur Landwirtschaftliche Nutzfläche dargestellt.

Nördlich Barmer Rathaus (Barmen): Geplant 400 Wohnungen - Realisiert 240 Wohnungen

Hier handelt es sich um die Nutzung des Geländes hinter der Verwaltungsgebäude der Firma Vorwerk & Co, das nach der Verlagerung der Produktion nach Laaken zur Verfügung steht. Die Verhandlungen über einen Ankauf durch die Stadt laufen bereits seit Mitte der 60er Jahre. 1969 kauft die Stadt das Grundstück, weil sie zusammen mit dem vorgesehenen Rathausneubau eine städtebauliche Neuordnung des gesamten Bereichs zwischen Rathaus und Bahnhof Heubruch anstrebt.



So wird bereits im Dezember 1970 wieder das Büro Spengelin beauftragt, einen Wettbewerb für diese Vorhaben vorzubereiten. Nach Abschluss des erforderlichen Planungsvorlaufs werden im März 1973 ausgewählte Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, Baukonzeptionen zu entwickeln. Im Juni 1974 beschließt der Rat, der Firma Solo-Bau den Zuschlag für das Projekt zu geben, weil der Entwurf die niedrigsten Kosten und günstigsten Finanzierungsbedingungen und damit auch niedrige Mieten verspricht. Ende 1976 beginnt der Bau des Wohnkomplexes. Es sollen 241 Wohnungen entstehen. Vor Fertigstellung muss die Solo-Bau Anfang 1978 eine Vergleichsverfahren einleiten. Die Firma Sahle übernimmt das Vorhaben. Die Wohnungen werden 1979 bezogen.

Auch der Rathaus-Anbau über der großen Flurstraße wird nach langer Planung gebaut und am 22.5.1981 offiziell durch OStD Platte in Betrieb genommen. Die ursprünglich vorgesehene große städtebauliche Neuordnung entlang einer großzügigen Fußgängerachse vom Sedansberg mit Brücke über die Eisenbahn, Krautsberg und kreuzungsfreiem Übergang über den Mühlenweg hinunter zum Rathausplatz und Werth kommt nur ansatzweise zustande.



Zanellastraße (Barmen): Geplant 300 Wohnungen - nicht realisiert

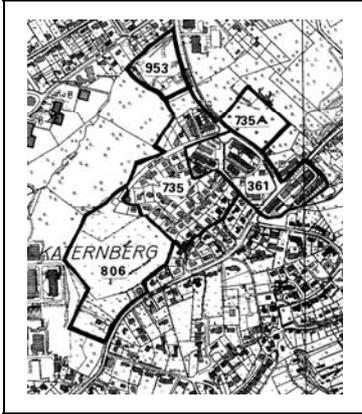
Geplant wird hier auf dem weitgehend von Kleingärten genutzten Hang zwischen Oberer Lichtenplatzer Str. und Zanellastr. eine modellhafte Terrassenbebauung, für die auch noch ein Wettbewerb vorbereitet wird. Aufgrund der an diesem steilen Nordhang bestehenden planerischen Probleme und des heftigen Widerstandes der Kleingärtner wird diese Planungsabsicht schließlich aber fallen gelassen. Der in der Folge aufgestellte und 1981 für diesen Teil rechtskräftig gewordene Bebauungsplan Nr. 157 sieht nur mehr eine geringe Ausweitung der Wohnbebauung vor.



Böhler Hof Elberfeld: geplant 310 Wohnungen – nicht realisiert

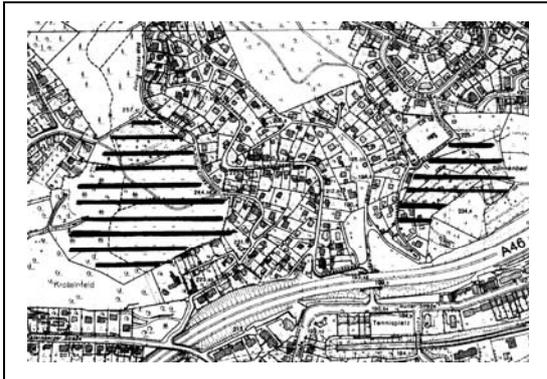
Wegen der Schwierigkeiten beim Erwerb dieser Grundstücke, aber auch aufgrund des entstehenden Widerstandes gegen die Bebauung der an den Park Friedenshöhe angrenzenden Flächen wurde kein Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Der Böhler Hof an der alten Ronsdorfer Straße, den die Stadt erworben hatte, wurde als Denkmal festgestellt und von einem Architekten erworben und renoviert.

In den Birken/Birkenhöhe (Katernberg): geplant 600 Wohnungen – realisiert ca. 250 Wohnungen



Gedacht ist hier die Nutzung der Flächen zwischen Birkenhöhe und Bayer Forschungszentrum für eine intensive Wohnbebauung. Im Entwicklungsplan Katernberg (1977) wird für diesen Bereich nur mehr eine Option für eine vielleicht später zu realisierende verdichtete Bebauung formuliert, um eine mögliche Zentrenbildung (Einkaufsmöglichkeiten) zu unterstützen. Realisiert wird allerdings in den 80er/90er Jahren eine weitgehend lockere Bebauung, da der größere Teil der Flächen von der Bayer AG für den Einfamilienhausbau von Betriebsangehörigen worden war (Am Rohm).

Falkenberg/Nüller Kopf/Achenbachstr. (Katernberg): geplant 450 Wohnungen – nicht realisiert.



Vorgeschlagen war die Bebauung und der Freiflächen am Falkenberg sowie vorhandener Kleingartenflächen (an der Achenbachstr.). Im Entwicklungsplan Katernberg (1977) wird auf diese Bebauung verzichtet. Die Freiflächen am Falkenberg/Hasenberg sollten von jeglicher Bebauung freigehalten und längerfristig zum Erholungsschwerpunkt ausgebaut werden.

Monhofsfeld (Ronsdorf): geplant 350 Wohnungen – realisiert ca. 100 Wohnungen



Im Bebauungsplan Nr. 287 sind hier 8geschossige Hochhäuser mit ca. 350 Wohnungen vorgesehen. Diese Planung wird nicht realisiert. Erst 2000 wird die Fläche bebaut, nun aber überwiegend mit Reihen- und Einfamilienhäusern.

Ergebnis: Bis 1980 sollte ein vermuteter Bedarf von 29.000 Wohnungen abgedeckt werden. Die Zusammenstellung zeigt deutlich, dass die mit der "Rangfolge der Bebauungspläne" angestrebte Zielsetzung bei weitem nicht erreicht wird - und schon gar nicht im Rahmen des selbst gesteckten Zeithorizontes. Tatsächlich wurden von 1973 – 1980 rd. 16.000 Wohnungen gebaut – auch teilweise auf Standorten, die in der „Rangfolge der Bebauungspläne“ überhaupt nicht vorgesehen waren.

3. Entwicklungsplan Nächstebreck

Das Projekt Nächstebreck war in dem Ratsbeschluss vom 17.4.1972 wie dargestellt formal nur zurückgestellt, nicht abschließend abgelehnt worden. Auch die Schwebebahn-Verlängerung wurde zunächst unter der Fiktion einer noch möglichen Realisierung des großen Wohnungsbauprojektes geplant. Immer noch standen gewichtige wirtschaftliche Interessen im Raum, die Klarheit über die möglichen Perspektiven begehrten.

STADT WUPPERTAL STADTENTWICKLUNGSPLANUNG NÄCHSTEBRECK

Zeichenerklärung

1 Angestrebte Flächennutzung

- Wohngebiet
- Mischgebiet
- Kerngebiet
- Gewerbe- und Industriegebiet
- Grünfläche und Fläche mit Pflanzgebot
- Forstwirtschaft und Schutzpflanzung

2 Maßnahmenprogramm

- Freiflächenutzungskonzept
bzw. Landschaftsplan
- Dauerkleingärten
- Kinderspielfeld
- Kindertagesstätte
- Schullernhalle
- Freizeit- und Erholungsanlage
Mehrzweckeinrichtung
(Erwachsenenbildung, Altenbetreuung, Jugendarbeit)
- Aus- bzw. Neubau von Straßen
- Planungsraumgrenze
- Stadtgrenze

- Technische Versorgung
Erforderlich sind
 - o der Bau einer Transportwasserleitung mit einer Kapazität von 100 l/s
 - o der Bau eines Umspannerkes an der Witterer Straße
 - o der Bau einer Hochspannungsfreileitung zum Umpannerwerk Scheilbeck
 - o der Neubau von Hausanschlüssen und Regenrückhaltebecken östlich der Witterer Straße
 - o der Bau eines Regenrückhaltebeckens im Bereich der Schöllmbeck sowie
 - o der Ausbau des Kabelnetzes von Post und Stadt

Planung einer Ersatzbundesstraße 7 (L 403 n)
Der Landschaftsverband Rheinland plant eine neue Straße mit Wuppertal verbunden. Diese Straße würde in Bereich Mischstrecke - östlich von Sternenberg - in die A 46 einmünden und letztere dann bis zum Autobahnkreuz Wuppertal-Nord ausbauen. Die neue Straße würde die Verkehrsbelastung im Bereich der Witterer Straße und der Wuppertal-Nord-Verbindung entlasten. Die neue Straße würde die Verkehrsbelastung im Bereich der Witterer Straße und der Wuppertal-Nord-Verbindung entlasten.

Schulturnhalle
Zur Vollausstattung der Grundschulturnhalle (ca. 1,2 Mio. DM).
Jugendheim - Weiterbildung - Altersclub
In Bereich der Witterer Straße/Silberbeck soll zunächst in einem zweigeschossigen Gebäude ein Jugendheim für eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen errichtet werden. In allen drei genannten Aufgabenbereichen ist die gegenwärtige Versorgung unzureichend.

Wohnungsbau
Wohnbedürfnisse, insbesondere für den Bau von Einfamilienhäusern, werden dort ausgewiesen, wo sie vorwiegend in guter Zuordnung zu Arbeitsplätzen und den vorhandenen Versorgungsrichtungen liegen.
In den Bereichen
- nördlich Bachhausen
- Witterer Straße/Silberbeck
kann Baurecht für 400 - 500 Einfamilienhäuser geschaffen werden.

Heute Gewerbe- und Industriegebiete
Das knappe Angebot an gewerblich nutzbaren Flächen im Stadtgebiet wird durch den Ausbau im Produktionsbereich sichergestellt. Im Produktionsbereich sind Grundstücke dafür, beiderseits der Witterer Straße neue zusammenhängende Gewerbe- und Industriegebiete zu erschließen. Diese Flächen sollen im Zusammenhang mit den bestehenden Anlagen erschaffen werden. Die Flächen sollen im Zusammenhang mit den bestehenden Anlagen erschaffen werden.

Nutzung und Erhaltung des Landschaftsraumes
Im Rahmen eines noch zu erstellenden Freiflächenutzungskonzeptes sind folgende Flächenansprüche zu berücksichtigen:
- Flächenbedarf an Kleingärten, auch aus kleinen und oberirdischen
- Sicherung ökologisch wichtiger Landschaftsteile
- Erhaltung naturnaher Landschaftsteile
- Freizeit- und Erholungsflächen für die Bevölkerung der angrenzenden Stadtteile in Zusammenarbeit mit der Landschaftspflege
Die Festlegungen in einzelnen bleiben dem aufzustellenden Landschaftsplan vorbehalten.

Erstbundesstraße 51
Zwischen der Kohlenstraße in Langfeld und der Witterer Straße in Höhe der Ortslage Bruch soll eine neue Straße gebaut werden, die die Verkehrsbelastung im Bereich der Witterer Straße und der Wuppertal-Nord-Verbindung entlasten würde. Die neue Straße würde die Verkehrsbelastung im Bereich der Witterer Straße und der Wuppertal-Nord-Verbindung entlasten.

Kindergarten
Nach der gegenwärtigen Bedarfssituation sind noch zwei zusätzliche Kindergärten erforderlich. Einem in Standortbereich 460; im Ostteil plant die katholische Kirchengemeinde einen Kindergarten für die Kirche an der Witterer Straße.

Spielflächen
Nach Verwirklichung der in den Bereichen Mischstrecke und Sternenberg vorgesehenen Spielflächen besteht im Westteil Mischstrecke kein Spielflächenbedarf mehr. Im Ostteil ist die flächenmäßige Sicherung von Spielflächen notwendig.
- Im Bereich der Wohnbebauung Bruch/Brander (ca. 1.200 qm brutto)
- einbezogen in die Erholungsanlage Mischstrecke (ca. 5.000 qm brutto) und in Bereich Witterer Straße/Silberbeck (ca. 2.000 qm).

Freizeit- und Erholungsanlage Mischstrecke
Langfristig ist der Ausbau des Bades zur Hallen-Freibad-Kombination, um den Standort des Bades herum der einer Erholungsanlage vorzuziehen.



Am 29.10.1973 beschloss der Rat das Räumlich-Funktionale Entwicklungskonzept, das dem neuen planerischen Leitbild einer verstärkten Innenentwicklung folgte⁴². Auf der Grundlage der darin festgelegten Ziele werden in den Folgejahren Entwicklungspläne für Teilräume der Stadt erarbeitet, in denen dann u.a. auch die angestrebte Flächennutzung dargestellt wird. Bereits am 29.11.1973 beschließt der Hauptausschuss wegen dieser unklaren Planungssituation vorrangig den Entwicklungsplan u.a. für Nächstebreck zu bearbeiten⁴³.

Im Rahmen dieser Planung wurde nun im Hinblick auf die potentielle Wohnbebauung gründlich aufgeräumt. Nicht nur die Wohnbebauung des Kernprojektes auf und um den Nächstebrecker Berg wurde aufgegeben. Auch die in der "Rangfolge der Bebauungspläne" noch vorgesehene Bebauung im Bereich Haarhausen (BPlan Nr. 462 Haarhausen/Nächstebreck) wird aufgrund der peripheren Lage gestrichen. Vorrangiges Ziel wird vielmehr, den Landschaftsraum zwischen den Siedlungsbereichen als Erholungsraum für Oberbarmen und die Talzüge Mählersbeck und Junkersbeck als für die Belüftung der Talsohle wichtige Frischluftschneisen von einer weiteren Bebauung freizuhalten. Unter diesem Aspekt wird eine wesentliche Zunahme der Wohnbevölkerung in Nächstebreck nicht angestrebt.⁴⁴

Der Entwicklungsplan Nächstebreck wird nach mehreren intensiven Diskussionsrunden auch mit den Bürgern am 2.5.1977 vom Rat der Stadt "als Grundlage für das zukünftige Handeln von Rat und Verwaltung beschlossen"⁴⁵. Damit ist nun endlich das große Wohnungsbauprojekt auch offiziell endgültig zu den Akten gelegt.

4. Verlegung des Standortübungsplatzes - warum dann auch daraus nichts wurde

Seit Ende der 50er Jahre sah die Stadt den Bereich Marpe und Scharpenacken als Erweiterungsmöglichkeiten im Süden mit attraktiven potentiellen Siedlungsflächen. Im Flächennutzungsplan 63 war denn auch hier im Süden Barmens auf dem Gelände des Standortübungsplatzes ein großer Teil als potentielles Wohnsiedlungsgebiet dargestellt. Auf etwa 100 ha könnten nach den Dichtewerten des Flächennutzungsplans Wohnungen für bis zu 10.000 Einwohner entstehen. Kasernen und Standortübungsplatz blockierten hier allerdings jede Siedlungsentwicklung. Die Bemühungen zur Realisierung dieser Planungsvorstellungen wurden zur gleichen Zeit aktiviert, als auch für Groß-Nächstebreck die Planung lief. Und das Ergebnis der Bemühungen ist - zumindest indirekt - auch noch eine Konsequenz der Auseinandersetzungen über Nächstebreck und der dabei verfolgten neuen Planungsgrundsätze.

Kontakte mit der Bundeswehr in dieser Frage gab es bereits seit 1959. Da die Bundeswehr aber dieser Umnutzung ohne eine geeignete Ersatzfläche nicht zustimmte, wurde dieser Teil des Flächennutzungsplans vom Regierungspräsidenten 1965 von der Genehmigung ausgenommen. Die Bemühungen schiefen zunächst für mehrere Jahre ein, um dann Anfang 1969 - offenbar auch vor dem Hintergrund der sich für Wuppertal abzeichnenden geringen Gebietsgewinne im Rahmen der Kommunalen Neugliederung im Ennepe-Ruhr-Kreis⁴⁶ sowie der Diskussionen über die Universitätsgründung - auf Initiative von OstD Stelly mit neuem Nachdruck wieder aufgegriffen zu werden⁴⁷.

Die Stadt veranstaltet 1969 in dieser Frage eine regelrechte Kampagne, in der es bei Einschaltung von Oberbürgermeister Johannes Rau, der damals zugleich Vorsitzender der SPD-Landtagsfrak-

⁴² Vgl. H. Heyken, a.a.O.

⁴³ Vgl. Drs. Nr. 417/73.

⁴⁴ Vgl. Entwicklungsplan Nächstebreck, Stadtentwicklungsplanung Wuppertal, 1977.

⁴⁵ Vgl. Drs. Nr. 115/77

⁴⁶ Die zum 1.1. 1970 in Kraft tretende Neugliederung brachte Wuppertal nur den Bereich Dreigrenzen.

Gefordert hatte die Stadt unter Hinweis auf ihre knappen Siedlungsflächen die damals selbständigen Gemeinden Gennebreck und Haßlinghausen sowie den Westteil der Gemeinde Linderhausen.

⁴⁷ Vgl. mehrere Vermerke und Gesprächsprotokolle, in denen auch von einem zu entwickelnden "Schlachtplan" gesprochen wird zur Beseitigung des "schreienden Unrechts, dass sich in unserer Großstadt ein Gebiet befindet, das hervorragend für eine Bebauung geeignet ist und praktisch nutzlos daliegt" (Schreiben OstD Stelly an den Beig. Ahlemann vom 21.3.1969).

tion in Düsseldorf ist, gelingt, auch die Landesregierung in die Bemühungen zur Freigabe des Standortübungsplatzes einzubeziehen. Innenminister Weyer, Staatssekretär Dr. Halstenberg (Landesplanung) und schließlich auch Ministerpräsident Heinz Kühn unterstützten die Vorstellungen der Stadt⁴⁸. Die Stadt hatte zunächst das Bestreben, ersatzlos an die Flächen zu kommen, jedenfalls ohne Benennung eines Ersatzgeländes im Stadtgebiet von Wuppertal. Sie musste jedoch bald erkennen, dass ohne Vorschlag eines Ersatzgeländes überhaupt nicht weiter zu kommen war. Die Bundeswehr bestand auf einem Übungsplatz von mindestens gleicher Größe (rd. 250 ha) in einer Entfernung von höchstens 5 - 6 km von den Kasernen. So musste schließlich die Verwaltung wohl oder übel ein Ersatzgelände anbieten: Der Übungsplatz könnte nach ihrem Vorschlag in den Bereich südlich Beyenburg (zwischen L 411, Hengsten, Wupper und Kotthausen/Spieckern) verlegt werden. Am 23.4.1970, kommt dann Staatssekretär Birckholtz vom Verteidigungsministerium zu einer Ortsbesichtigung nach Wuppertal. Der sagt nun immerhin eine wohlwollende Prüfung zu.

Die zwischen Verwaltungsspitze und dem Bundesminister für Verteidigung geführten Verhandlungen führten bis Februar 1971 zu dem Ergebnis, dass die Bundeswehr einer Verlegung in diesen Raum zustimmte unter der Bedingung, dass das Gelände freigeräumt würde, eine "panzerfeste" Straße dorthin geführt werde und der Bundeswehr keine Kosten entstehen⁴⁹. Über die Finanzierung des Vorhabens wird inzwischen auch mit dem Land gesprochen. Für den Grunderwerb wird ein Zinszuschuss, für die erforderliche äußere Erschließung ein Zuschuss von 75% in Aussicht gestellt⁵⁰. Für die Verwaltung erscheint die Verlagerung wirtschaftlich allein schon aufgrund der einfachen Rechnung: 150 ha Bauland zu 45,- DM/qm = 67.5 Mio. DM sind zu gewinnen; dem stehen Kosten für Grunderwerb in Höhe von 25 Mio. DM (10,- DM/qm) sowie Freimachungskosten von 10 Mio. DM gegenüber. Aus der positiven Differenz in Höhe von 32,5 Mio. DM ist dann auch locker die erforderliche "Panzerstrasse" zu finanzieren⁵¹.

Am 22.4.1971 - einen Monat nach der denkwürdigen Debatte des Rates über Nächstebreck - berichtete die Verwaltung im Hauptausschuss über den Stand der Verhandlungen und erbat den Auftrag, "die Verhandlungen mit dem Ziel einer Verlegung des Standortübungsplatzes in den Raum südlich Beyenburg fortzuführen". Der Hauptausschuss erteilte diesen Auftrag auch anstandslos ohne große Diskussion. Das Problembewusstsein war offenbar ausschließlich auf Nächstebreck konzentriert, so dass Niemandem die Dimension dieses neuen Vorhabens so recht deutlich wurde.

Nach dem öffentlichen Bericht im Hauptausschuss ging allerdings den Beyenburger Bürgern auf, was hier auf sie zukommen könnte. Die Erregung im Osten der Stadt war groß und führte zu hitzigen, emotionsgeladenen Diskussionen zwischen Bürgern, Verwaltung und Politikern. "Die Beyenburger Volksseele kochte" und "Die Bürger übten den Aufstand" überschrieben Zeitungen ihre Berichte über eine Informationsveranstaltung der Verwaltung in Beyenburg⁵². Und im übrigen sei die Verlegung gar nicht notwendig und diene nur den Villenbesitzern am Toelleturm. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen erst wird dann genauer nach der auf Scharpenacken angestrebten Nutzung, den Bedarfen und den Kosten gefragt. Dies alles sind Fragen, denen die Verwaltung bisher noch gar nicht so besonders intensiv nachgegangen ist. Es gab keine konkreten Planungen. Die Bemühungen um die Verlegung des Übungsplatzes werden bisher eher als längerfristige Vorsorgeplanung gesehen für die Universität und daraus entstehende Folgebedarfe, Wohnungsbedarf, Gewerbe, Dienstleistungen. Trotz des Aufstandes in Beyenburg wird 1971 und 1972 weiter verhandelt, werden Einzelheiten wie die Trassierung der "Panzerstraße" konkretisiert.

⁴⁸ Vgl. Schreiben von Ministerpräsident Heinz Kühn an den Bundesminister für Verteidigung Helmut Schmidt vom 24.4.1970

⁴⁹ Ergebnisprotokoll einer Besprechung des BMVg mit Vertretern der Stadt Wuppertal am 10.2.1971. Vertreter der Stadt sind OB Gurland, OSt0 Stelly, Beig. Ahlemann. Gesprächspartner ist u.a. Staatssekretär Birckholtz.

⁵⁰ Vermerk über ein Gespräch mit Vertretern des Innenministeriums NW am 19.10.1970.

⁵¹ Vgl. Papier des Amtes 15 von Nov. 1970 zum Problem "Standortübungsplatz Scharpenacken".

⁵² Vgl. GA und NRZ vom,1 3.5.1971.



Nachdem damit die Voraussetzungen einer Verlagerung weitgehend geklärt sind, beauftragt der neue OStD Dr. Krumsiek Ende 1972 eine Arbeitsgruppe der Verwaltung mit der Klärung der Frage, ob auf der Grundlage der erzielten Verhandlungsergebnisse eine Verlegung des Standortübungsplatzes weiter betrieben werden soll. In ihrem Abschlußbericht kommt die Arbeitsgruppe Mitte 1973 zu dem Ergebnis, dass eine Nutzung für Universität und Folgeeinrichtungen nicht mehr zur Debatte steht⁵³ und eine gewerbliche Nutzung der Flächen schon aus topografischen Gegebenheiten und wegen der hohen Erschließungskosten nicht vertretbar erscheint. Auch eine wohnbauliche Nutzung wird nun - vor dem Hintergrund der Nächstelbreck-Debatte - als stadtplanerisch nicht sinnvoll beurteilt, weil dies die Bildung eines neuen peripher gelegenen großen Wohngebietes mit schwierig zu befriedigender Versorgung bedeuten würde, der absehbare Wohnungsbedarf auch an anderen Standorten gedeckt werden könnte und zudem die Kosten unwirtschaftlich hoch seien. Es wird deshalb vorgeschlagen, das Gebiet für die Freizeitnutzung vorzusehen und, da dies an Wochenenden bereits immer möglich war, am besten alles so lassen wie es ist, mithin auf eine Verlegung zu verzichten. Die Dezernentenkonferenz schließt sich dieser Beurteilung an.

Der Bericht wird dem Hauptausschuss vorgelegt⁵⁴ und von ihm am 13.9.1973 behandelt. Ohne vertiefende Diskussion wird einstimmig beschlossen, "dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt - vor allem aus Kostengründen - die Verlegung des Standortübungsplatzes nicht weiter betrieben werden sollte. (Der Hauptausschuss) ist mit der Verwaltung der Meinung, dass langfristig unter günstigeren Voraussetzungen weiterhin die Verlegung des Standortübungsplatzes angestrebt werden sollte."⁵⁵ So wird auch ziemlich sang- und klanglos dieses Vorhaben der Stadt beerdigt, für das zuvor mit großem Einsatz der Spitzen von Rat und Verwaltung gekämpft worden war.

V. Stadtentwicklung ohne das Projekt Nächstelbreck

Zunächst vor dem Versuch einer Beurteilung einige Fakten zur weiteren Entwicklung der Stadt. 1972 hatte Wuppertal knapp 415.000 Einwohner. In den folgenden Jahren sank die Zahl der Einwohner fortlaufend vor allem aufgrund des hohen Sterbefallüberschusses, teilweise auch durch Wanderungsverluste. Wanderungsgewinne kompensieren nur in wenigen Jahren den jeweiligen Sterbefallüberschuss und sind i.d.R. Sonderentwicklungen wie z.B. der plötzliche starke Zustrom

⁵³ Die Universität wird inzwischen auf dem Griffenberg gebaut. Für sonstige universitäre Bedarfe sind Flächen im Bereich Ostersberg und Hipkendahl vorgesehen.

⁵⁴ Vgl. Drs. Nr. 342/73 Standortübungsplatz Scharpenacken.

⁵⁵ Vgl. Niederschrift des Hauptausschuss vom 13.9.1973, TOP 1.

von Aus- und Übersiedlern von 1987 bis 1992. 1982 hatte die Stadt noch rd. 397.700 Einwohner, 1994 sind es noch 386.600, 2000 nur noch 270.000 mit weiter sinkender Tendenz.

In dem Jahrzehnt bis 1972 wurden im Durchschnitt rd. 3.000 Wohnungen jährlich fertiggestellt, 1973 war noch einmal ein Rekordjahr mit 4.334 Wohnungen. Bis Anfang der 80er Jahre sank die Bautätigkeit nach einem tiefen Einbruch Mitte der 70er Jahre auf etwa 1.400 Wohnungen, die jährlich fertiggestellt wurden. In den ersten 90er Jahren sank die Bauleistung weiter auf etwa 800 Wohnungen pro Jahr. Die Entwicklung der Wohnungsversorgung verdeutlichen die folgenden Kennziffern. 1972 gab es in Wuppertal rd. 160.000 Wohnen, d.h. durchschnittlich 1 Wohnung für 2,6 Einwohner. 1994 gibt es über 163.000 Wohnungen, d.h. durchschnittlich teilen sich 2,1 Einwohner eine Wohnung.

Die Wohnungsbautätigkeit ist in erster Linie von der Marktentwicklung abhängig, die zum einen von der Bevölkerungsentwicklung, zum andern aber auch in starkem Maße von der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten bestimmt wird. Die Probleme bei der Realisierung des Wohngebietes Gruitener Straße haben dies deutlich gezeigt. Die langfristige Bevölkerungsentwicklung, insbesondere das Wanderungsverhalten, wird vor allem durch die wirtschaftliche Entwicklung und das Angebot von Arbeitsplätzen in Stadt und Region beeinflusst, weniger aber durch das Angebot an Wohnungen. Der Zusammenhang ist eher umgekehrt: wenn Arbeitsplätze, Beschäftigte und Einkommen zunehmen, wird auch der Wohnungsbau zunehmen. Da in Wuppertal die wirtschaftliche Basis für die Erwerbstätigen in den letzten Jahrzehnten jedoch eher schmaler geworden ist mit einem deutlichen Verlust an Arbeitsplätzen, fehlt auch von dieser Seite eine wesentliche Voraussetzung für eine Bevölkerungszunahme und eine verstärkte Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. So ist der Anfang der 70er Jahre prognostizierte Wohnungsbedarf von 30.000 - 44.000 neuen Wohnungen bis 1980 mit Sicherheit wesentlich zu hoch gegriffen gewesen. Die tatsächliche Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und die daraus resultierende stark reduzierte Bautätigkeit belegen diese Einschätzung. Dabei ist es für diese Entwicklung auch nicht ausschlaggebend, dass das mit der "Rangfolge der Bebauungspläne" angestrebte Volumen an neuen Wohnbaurechten in den folgenden Jahren nicht geschaffen werden konnte.

Unter diesen Rahmenbedingungen wären wohl bei einer Realisierung des Projektes die Befürchtungen der Kritiker wahr geworden: Konzentration eines erheblichen Anteils der Wuppertaler Bevölkerung in einer neuen Satellitenstadt mit all den sozialen Problemen, die inzwischen aus vergleichbaren Anlagen in anderen Städten bekannt sind bei gleichzeitiger stärkerer Bevölkerungsabnahme in den alten gewachsenen Stadtteilen mit ihren Konsequenzen für Infrastruktur und Modernisierung des Wohnungsbestandes. Wahrscheinlicher ist aber, dass der Einbruch auf dem Wohnungsmarkt Mitte der 70er Jahre auch das Projekt Nächstebreck eingeholt und zu einem Abbruch des Baus in einem weitgehend unfertigen Stadium geführt hätte. So hätten auf Jahre oder auf Dauer einzelne Bauabschnitte oder Gebäudekomplexe als "Planungsruinen" auf den verbleibenden grünen Wiesen gestanden, wären die Bewohner vermutlich lange Zeit ohne eine ausreichende Versorgung im Nahbereich geblieben, wäre deshalb ein Wohngebiet mit starken sozialen Problemen entstanden. Beide Perspektiven bestärken in der nachträglichen Beurteilung, dass die Entscheidung, Nächstebreck nicht zu bauen, die richtige war. Der Stadt sind damit eine Menge neuer Probleme erspart geblieben.

Für die Wuppertaler Kommunalpolitik war es einerseits eine Richtung weisende Sternstunde. Neue Großprojekte am Stadtrand sind nicht mehr geplant worden. Die Förderung der Innenentwicklung und Stadterneuerung erhielt mehr und mehr Priorität. Grundlage der weiteren Stadtentwicklungsplanung wurde das Räumlich-Funktionale Entwicklungskonzept, das im Oktober 1973 vom Rat beschlossen wurde. Im Mittelpunkt der Planung steht die Entwicklung der Stadtteile und ihrer Zentren mit ihren Versorgungsbedarfen und -ansprüchen sowie die Erhaltung einer funktionsfähigen Bandstruktur⁵⁶. Wesentliche Bestandteile dieser Innenentwicklung sind die Sanierung, die 1972 mit der Festlegung des ersten Sanierungsabschnittes Wiesenstraße konkrete Formen annimmt, die später hinzukommenden Wohnumfeldverbesserungs- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie Programme zum Ausbau von Grünanlagen und Stadtplätzen. Neue Siedlungsflächen entstehen i.d.R. am Stadtrand in Zuordnung und als Arrondierung vorhandener Siedlungsgebiete. Diese

⁵⁶ Vgl. Stadt Wuppertal: Räumlich-Funktionales Entwicklungskonzept. Wuppertal 1974.

neue Planungspolitik wird im Mai 1973 organisatorisch unterstützt durch die Eingliederung des Stadtplanungsamtes in das Stadtentwicklungsdezernat von Ahlemann, der damit zum Planungsdezernenten aufsteigt.

Der Entscheidungsverlauf des Projektes Nächstebreck verdeutlicht auf der anderen Seite aber auch exemplarisch das Entscheidungsverhalten der Kommunalpolitiker. Meist gibt es eine einhellige Zustimmung zu wichtigen Vorhaben, wenn die Verwaltung einen klaren Beschlussvorschlag vorlegt und kein Protest von etwaigen Betroffenen zu hören ist. Bis 1970 war dies beim Projekt Nächstebreck der Fall. Werden Proteste laut, so wird die Angelegenheit schon schwieriger, gibt es aber zudem auch unterschiedliche Meinungen aus der Verwaltung, dann wird meist auch im Rat keine Entscheidung mehr getroffen. Nach Herstellung der einheitlichen Verwaltungsmeinung auf der Basis eines zumindest scheinbar plausiblen Kompromisses gibt es 1972 wieder die einstimmige Zustimmung zur Aufgabe des Projektes Nächstebreck. Ebenso einstimmig beschließt der Rat 1972 die Fortführung der Planung für die Schwebebahnverlängerung bis zur Beule und 1975 den Verzicht auf die Schwebebahnverlängerung, nachdem OSW Krumsiek durch eine neue Interpretation der gegebenen Rahmenbedingungen für einen eindeutigen Verwaltungsvorschlag gesorgt hatte.

Übersicht der Planungsdaten zum Projekt Nächstebreck

1963	Der Flächennutzungsplan wird vom Rat aufgestellt. Er wird 1967 rechtskräftig. In Nächstebreck sind einige Wohnbauflächen dargestellt
31.12.1963	Wuppertal hat mit 423.450 Einwohnern den höchsten Bevölkerungsstand seiner Geschichte erreicht
ab 1966	Gespräche mit potentiellen Bauträgern über Wohnungsbau in Nächstebreck.
1968	Städtebauliches Gutachten Nächstebreck.
24.6.1968	Norbert Jensen (parteilos) wird als Nachfolger von Prof. Hetzelt zum Baudezernent gewählt.
25.11.1968	Joachim Ahlemann (SPD) wird zum Stadtentwicklungsdezernenten, Günther Reichardt (F.D.P.) zum Wirtschaftsförderungsdezernenten gewählt. Beide Dezernate wurden neu eingerichtet.
Mai 1969	Der Rat beschließt auf der Grundlage der Wettbewerbsergebnisse die Aufstellung eines Gesamtbebauungsplanes sowie die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts. Prof. Spengelin erhält im Okt. 1969 den Planungsauftrag.
Juni 1969	Vorlage des Prognos-Gutachtens zu den Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Wuppertal
9.11.1969	Kommunalwahl. Die SPD behält die absolute Mehrheit im Rat.
1970	Die Planung entwickelt sich zur Satellitenstadt mit 30.000 Einwohnern.
Jan. 1971	Vorstellung der Spengelin-Planung im Glanzstoff-Kasino.
22.3.1971	Ratssitzung zum Projekt Nächstebreck - Entscheidung wird vertagt.
31.9.1971	OStD Werner Stelly tritt vorzeitig von seinem Amt zurück.
13.9.1971	Dr. Rolf Krumsiek wird zum OStD gewählt. Ertritt am 1. 10. 1971 sein Amt an.
17.4.1972	Ratssitzung zum Projekt Nächstebreck - Zurückstellung des Projektes.
19.6.1972	Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Verlängerung der Schwebebahn bis zur Beule zu planen.
1.5.1973	Das Planungsamt wird dem Stadtentwicklungsdezernat zugeordnet.
13.9.1973	Beschluss des Hauptausschuss, auf die Verlegung des Standortübungsplatzes zu verzichten.
29.10.1973	Der Rat beschließt das Räumlich-Funktionale Entwicklungskonzept als Grundlage der weiteren Stadtentwicklungsplanung.
29.11.1973	Erarbeitung des Entwicklungsplans Nächstebreck beschlossen.

1972/74	Planung von drei alternativen Trassen für die Verlängerung der Schwebbahn.
1974/75	Diskussion der Planungen zur Schwebbahnverlängerung.
4.5.1975	Kommunalwahl. Die SPD verliert die absolute Mehrheit der Sitze im Rat.
15.12.1975	Einstimmige Ablehnung der Schwebbahnverlängerung durch den Rat.
2.5.1977	Der Rat beschließt den Entwicklungsplan Nächstebreck ohne die große Wohnbebauung.